

PROTOKOLL

über die 23. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 13. April 2000, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 13 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE:

Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Claudia Pramendorfer, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger

VOM AMT:

MD. SR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, SR Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann, OMR Mag. Helmut Golda, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Dr. Michael Chvatal

WEITERE ANWESENDE:

Dr. Heinz Kassmannhuber, Dr. Tilman Schwager

ENTSCHULDIGT:

GR Kurt Apfelthaler, GR Ing. Klaus Hoflehner, GR Dr. Wilfrid Wetzl, GR Stefan Fröhlich

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlussfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Beantwortung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

KEINE VORHANDEN

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

1) ÖAG-2/94 SK Vorwärts Steyr; Finanzierung des Zwangsausgleiches.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich begrüße sie herzlich zu unserer heutigen Sondersitzung mit einem Tagesordnungspunkt, wie sie wissen. Es freut mich, dass es trotz

dieser kurzen Zeit, die seit der Einberufung verstrichen ist, möglich ist, das doch sehr ansehnliche Quorum zustande zu bringen. Ich habe mir erlaubt, in Anbetracht eines möglichen Disputes über rechtliche Fragen, die uns vielleicht nicht so geläufig sind, weil wir das in der Gemeindestube nicht alle Tage tun, zwei Herren einzuladen, die mit dieser Rechtsmaterie genau vertraut sind, und begrüße heute als Experten in unserer Runde herzlich Herrn Dr. Tilman Schwager und Herrn Dr. Heinz Kassmannhuber.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, wenn auch ungewöhnlich. Es haben 8 Mitglieder der F-Fraktion eine Sondersitzung beantragt, das wäre eigentlich zuwenig gewesen, aber nachdem ich von der Frau Kollegin Frech aus den Medien weiß, und dann hat sie es auch noch schriftlich kundgetan, dass sie so eine Sitzung möchte, habe ich sie im Geiste zu unseren Freiheitlichen Kollegen dazugezählt und da ergibt sich dann wieder die Zahl 9, also dieses Viertel, das zu einer Einberufung einer Sondersitzung notwendig ist. Nachdem wir sie so kurzfristig durchführen können, am selben Tag in der der Stadtssenat dieses Thema auf der Tagesordnung hatte, haben wir also darauf verzichtet, das Mittel der Dringlichkeit in der Stadtssenatssitzung anzuwenden, sodass letztendlich dem Gemeinderat die Beschlussfassung vorbehalten ist.

Für die heutige Sitzung sind mir zwei Protokollprüfer gemeldet worden, es sind dies die Kollegen Günter Fürweger und Dr. Wetzl.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dr. Wetzl ist entschuldigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es wird mir soeben mitgeteilt, dass Herr Dr. Wetzl entschuldigt ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Dr. Wetzl hat sich schriftlich bei ihnen entschuldigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mag sein, ist bis zu mir noch nicht vorgedrungen. Dann sind sie eingeladen, ein anderes Mitglied ihrer Fraktion als Protokollprüfer vorzuschlagen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr StR Eichhübl.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr StR Eichhübl, anstelle des vorgesehenen Dr. Wetzl.

So, entschuldigt haben sich, wie wir hören, GR Wetzl, GR Apfelthaler, GR Fröhlich, GR Hoflehner, und GR Hauser wird auch etwas später kommen, der ist noch bei einer anderen Veranstaltung unabhkömmlich.

Zur Beantwortung von allfälligen Anfragen teile ich mit, dass Herr Günter Fürweger mit Schreiben vom 6. April 2000 eine Anfrage, das Heimatmuseum betreffend, an Herrn StR Spanring gerichtet hat. Wir werden das aber so durchführen, dass in der laufenden Sitzung am 11. Mai 2000 die Beantwortung erfolgen soll. Zu meinen Mitteilungen kann ich sagen, dass wir das auch am 11. Mai 2000 in ausreichender Weise vorgesehen haben.

Zur Behandlung unserer heutigen Verhandlungsgegenstände möchte ich den Vorsitz an die Kollegin Mach abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE:BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Der einzige Tagesordnungspunkt betrifft SK Vorwärts - Finanzierung des Zwangsausgleiches. Wir haben uns mit der Materie Vorwärts und den Schwierigkeiten in diesem Verein wiederholt in vielen Besprechungen, Fraktionsvorsitzendenkonferenzen, Stadtsenat und Gemeinderat beschäftigt. Ich möchte also nicht die ganze Historie dieses Falles und seine Bedeutung für die Stadt Steyr aufrollen, aber doch die drei wesentlichsten Dinge rekapitulieren.

Das erste Problem hat sich im Jahre 1994 gestellt, als die finanziellen Schwierigkeiten für den Verein übermächtig wurden und das Vorwärtspräsidium damals meinte, mit Überlassung eines Baurechtes für diese Sportstätte würde es möglich sein, entsprechende Darlehen zu erhalten, um damit aktuelle Verbindlichkeiten abzudecken und in eine gewisse Normalität mit ihrer Finanzgestion zu kommen. Wir haben das unterschiedlich beurteilt, haben aber diesen Baurechtsvertrag mit der Vorwärts abgeschlossen, der eine Laufzeit von 80 Jahren hatte. Wir haben ein Jahr später erlebt, dass diese Hilfsmaßnahme offenbar nicht ausreichend war, und sich die Probleme verstärkt haben. Es war dann erforderlich, um der Vorwärts überhaupt die Möglichkeit einzuräumen, dass sie Darlehen bekommen, dass wir einen Bürgschaftsvertrag abgeschlossen haben, der, wie sie sich erinnern, einen Umfang von 9 Mio. Schilling hatte. In der weiteren Folge haben unsere Freunde von der Vorwärts einen sportlichen Höhenflug gehabt, was uns natürlich als Sportler sehr gefreut hat. Es hat aber leider nicht dazu geführt, dass die Finanzsituation einer Gesundung zugeführt hätte werden können. Es ist also dazu gekommen, dass der sportliche Erfolg da war, aber das Budget der Vorwärts der Maxliga als nicht ausreichend erschienen ist. Wir haben auch damals einige Krisensitzungen abgewickelt, und es ist letzten Endes dazu gekommen, dass auch eine Garantieerklärung im Gemeinderat beschlossen wurde, die zum Inhalt hatte, dass wir unter bestimmten Bedingungen, die natürlich den Budgetvollzug bei der Vorwärts und andere Dinge mehr betroffen haben, im Höchstausmaß von 6 Mio. Schilling gutstehen werden. Wir haben auch noch eine Rückversicherung für einen Teil dieses Betrages mit dem damaligen Protektor der Vorwärts, dem Herrn Baumeister Müllner abgeschlossen, der erklärt hat, er würde im Falle des Falles die Hälfte dieses Betrages

berappen, sie werden aber das Geld ja nicht brauchen, es sei eher eine formale Voraussetzung für die Bundesligalizenzerteilung. Der Gemeinderat hat sich jedenfalls bei dieser Beschlussfassung auf keinen Fall sehr leicht getan, das muss man dazusagen. Alle diese Beschlussfassungen sind im Gemeinderat mit einer außerordentlich breiten Mehrheit gefasst worden, also jede dieser 3 Hilfsmaßnahmen ist mit breiter Mehrheit beschlossen worden, es waren immer nur eine oder zwei Stimmen dagegen, oder Stimmenthaltungen, es war also immer die breiteste Mehrheit, rund 90 % oder mehr, haben diesen Beschlüssen im Gemeinderat zugestimmt. Zweifelsohne davon besiegelt, diesem Spitzenclub zu helfen, ihn zu unterstützen, damit er in dieser Spielklasse bleiben kann, und wir haben auch durchaus den Wert und die Werbewirksamkeit, wenn ein Verein in dieser höchsten Spielklasse spielt, und die Bemühungen bei diesem Verein anerkannt und waren bemüht mit geeigneten Mitteln zu helfen. Es hat sich aber gezeigt, dass nach dem letzten Beschluss, vom Präsidium, oder jedenfalls Teilen vom Präsidium, die Garantieerklärung sehr kurzfristig schon anders interpretiert wurde. Und zwar war schon nach wenigen Tagen in der Zeitung zu lesen, dass die finanziellen Sorgen der Vorwärts beendet seien, und so eine Art Sponsorvertrag mit der Stadt abgeschlossen worden wäre. Das war natürlich niemals der Fall, sondern wir haben eine Bürgschaft übernommen, und haben das als eine Ausfallhaftung verstanden, wenn es sich zum Schluss der Saison nicht ganz ausgehen sollte, das war so etwa unsere Überlegung. Es ist aber dann nach 6 Wochen schon dazu gekommen, dass das Präsidium eine erste Rate auf diese 6 Mio. Schilling aus dem Garantievertrag eingefordert hätte. Es war aber eine einvernehmliche Position im Stadtsenat, im Gemeinderat und in den Fraktionen, dass wir dem nicht näher treten können, und dass es auch unser Vertrag nicht erlaubt, hier solche Zahlungen zu tätigen. Das Ganze hat sich dahin gezogen, und die Schwierigkeiten sind natürlich nicht einfacher geworden. Zum Schluss haben wir dann eine Klage der Vorwärts bekommen, diese 6 Mio. Schilling zu zahlen, die sich dann aufgrund von irgendwelchen Schwierigkeiten, die sich zusätzlich ergeben haben, eher über 7 Mio. Schilling, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe, beliefen. Wir haben uns, nachdem es sich hier um ein Verfahren handelt, eines Anwaltes bedient, und Herrn Dr. Schwager mit der Vertretung der Stadt in dieser Angelegenheit beauftragt. Es war natürlich auch immer eine sehr intensive Berichterstattung in den Medien, das Volk hat sich natürlich damit beschäftigt, wir haben aber in dieser Frage eine selten einhellige Auffassung im Gemeinderat gehabt, wofür ich mich bei dieser Gelegenheit auch einmal bedanken möchte, das ist wirklich in Steyr nicht so selbstverständlich, jedenfalls hat sich in der jüngsten Zeit ergeben, dass natürlich diese Verfahren zu einem Ende gebracht werden müssen. Jetzt ergeben sich aus meiner Sicht zwei Szenarien.

1. Szenario - Vorwärts geht in den Konkurs. Es wird ein Gerichtsurteil im Bezug auf diesen Garantievertrag geben, von dem wir nicht wissen, wie es ausgeht. Im schlechtesten Fall ist damit zu rechnen, dass wir 6 Mio. Schilling oder mehr zahlen. In einer durchschnittlichen Einschätzung zu diesem Fall kann man jedenfalls damit rechnen, dass wir zu etwa 3 Mio. Schilling verurteilt werden könnten. Dazu kommt der Umstand, dass natürlich der Bürgschaftsvertrag fällig gestellt wird. Das hat auch die Gläubigerbank, die Raika Sierning, schon laufend getan und angemahnt, dass wir eigentlich die Raten, die Vorwärts nicht zahlen will, kann und nicht gezahlt hat, und die sich jetzt auf einen Rückstand von etwa 3 Mio. Schilling belaufen, dass wir dieses Geld zahlen sollten. Also, wir reden von 9 Mio. Schilling nichtgedeckten Schulden bei der Raika in Sierning aus dem Bürgschaftsvertrag. Aus meiner Sicht schaut die Sache so aus, dass wir im schlechtesten Fall ein Obligo mit etwa 15 Mio. Schilling haben, und im Normalfall eines von etwa 12 Mio. Schilling. Es kommt darauf an, wie das Gerichtsurteil lauten würde, wenn es dazu käme. Wir haben außerdem dann damit zu rechnen, dass es keine Vorwärts mehr geben würde. Gegebenenfalls könnte eine neue Vorwärts gegründet werden, die natürlich in der Hierarchie ganz unten, also in der 2. Klasse, beginnen müsste. Das ist an und für sich kein ausgezeichneter Katapultstart, wenn man das so sagen kann, und es ist vor allem in dieser Spielklasse sehr schwierig, Finanzmittel aufzutreiben. Also, das ist das Szenario Nummer 1.

Das Szenario Nummer 2 hat sich eigentlich durch intensives Bemühen aller Beteiligten bei der Abwicklung dieses Verfahrens ergeben, wobei ich auch die Hauptgläubiger, die Raika, besonders erwähnen möchte, die natürlich ihr Geld gerne wiedersehen würde und sie wollen natürlich auch nicht unbedingt in einem Atemzug mit der Beendigung der Tätigkeit eines glorreichen Vereines,

eines Traditionsvereines, wie es die Vorwärts Steyr im achtzigsten Vereinsjahr darstellt, genannt werden. Was auch verständlich ist, da die Raika doch umfangreiches Sportsponsoring in vielen Bereichen, Stichwort Herminator usw., betreibt. Vor diesem Hintergrund hat man sich also sehr bemüht eine Lösung zu finden, die für alle Beteiligten besser sein könnte. Für die Stadt, weil ein Zwangsausgleich nur 20 % der aushaftenden Summe kosten würde und andere Mittel auch für diesen Zwangsausgleich angesprochen werden können, zwar in keiner sehr großen Höhe, aber immerhin, sodass also für die Stadt ein Betrag von maximal 6 Mio. Schilling für die Finanzierung dieses Zwangsausgleiches zu bezahlen wäre. Zum Zweiten hätte diese Lösung natürlich den Vorteil, dass der Fußballbetrieb jedenfalls in der Landesliga, also der höchsten Spielklasse Oberösterreichs, wahrscheinlich aber, und das ist auch angestrebt, in der Regionalliga, unmittelbar wieder aufgenommen werden könnte. Wir haben dafür Anhaltspunkte, dass das möglich sein müsste. Die Regionalliga ihrerseits ist wieder eine Spielklasse, die für die Werbewirtschaft bereits wieder interessant ist und daher auch die Finanzierung dieses Fußballgeschehens in der Zukunft gesichert erscheinen würde. Zumal sich die Gläubigerbank auch noch schlau gemacht hat und sich mit Hilfe von geeigneten Managementkapazitäten interessiert hat, welche Konstruktion das sein könnte. Das heißt also, es wird eine Vorwärts-Neu geben, die mindestens in der Landesliga, wahrscheinlich aber in der Regionalliga, spielen würde. Es würde einen namhaften Trainer geben können, es würde ausreichend qualifiziertes Spielermaterial, wenn ich diesen Ausdruck verwenden darf, zur Verfügung stehen, und es würde gerade auch in der Regionalliga die Möglichkeit bestehen, die viele Jahre offensichtlich nicht bestanden hat, einen Hauptsponsor für dieses Geschehen zu finden. Das heißt, es würde der Fußball weitergehen, wir wären auch dieser Sorge enthoben und wir könnten auch mit einem vergleichsweise geringerem Aufwand, also mit rund 6 Mio. Schilling, gegenüber 12 bis 15 Mio. Schilling, aus dieser Geschichte aussteigen. Aus meiner Sicht wäre noch ein Vorteil darin zu sehen, dass hier natürlich geplant wäre, in diesem neuen Spielgeschehen ein professionelles Management, in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, zu installieren. Was bedeuten würde, dass es einen Geschäftsführer geben müsste, der natürlich nach dem österreichischen Gesellschaftsrecht verhalten ist dort tätig zu sein, was in der Qualität sicher eine gewaltige Verbesserung gegenüber übliche Vereinsführungen althergebrachten Zuschnitts bedeuten würde. So gesehen, meine Damen und Herren, scheint mir diese Vorgangsweise, als Stadt Steyr an der Finanzierung dieses Zwangsausgleiches in der Höhe von maximal 6 Mio. Schilling mitzuwirken, die einzig zielführende Alternative zu sein. In Anbetracht des Umstandes, dass natürlich, wie sie meinen Ausführungen entnehmen konnten, ein Wust von Bemühungen angestrengt werden muss, um das rechtzeitig darzustellen, auch die verhältnismäßige Eile, das im Stadtsenat und auch hier im Gemeinderat heute abzuhandeln. Ich bitte sie diesem Antrag, den ich jetzt noch zur Verlesung bringe, die Zustimmung zu geben. Der Antrag lautet:

1) ÖAG-2/1994

SK Vorwärts Steyr; Finanzierung des Zwangsausgleiches.

Antrag

des Stadtsenates an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 6. April 2000 wird zur Finanzierung des Zwangsausgleiches des SK Vorwärts Steyr der Auszahlung eines Betrages von höchstens S 6 Mio. verteilt auf die Finanzjahre 2000 -2002 unter nachstehenden Bedingungen zugestimmt:

Es müsste sichergestellt werden, dass von dritter Seite keinerlei Forderungen an die Stadt oder ihr na-hestehende Personen gerichtet werden.

Die Finanzierung des Zwangsausgleiches durch die Stadt ist mit dem Betrag von S 6 Mio. limitiert, eine Möglichkeit zur Erhöhung dieses Betrages wird ausgeschlossen.

Mit der Zahlung bzw. der Zusicherung der Zahlung in drei Jahresraten ist die Finanzierung des Ausgleiches gemeinsam mit den den Masseverwaltern zur Verfügung stehenden Geldbeträgen von dritter Seite gesichert.

Die Raiffeisenlandesbank oder eine Konzerngesellschaft, die das Baurecht erwirbt, schließt mit dem neu zu wählenden Vorstand des Vereines einen unbefristeten Bestandvertrag, um den Spielbetrieb im Stadion Volksstraße aufrecht erhalten zu können.

Die Zahlung der Stadt erfolgt freiwillig und ohne Präjudiz für allenfalls doch durch den Wegfall einer der vorgenannten Bedingungen noch zu führenden Prozesse oder Verhandlungen.

Für das Rechnungsjahr 2000 wird bei der VA-Stelle 5/262400/690000 eine Kreditüberschreitung im Betrag von höchstens S 2.000.000,-- (Schilling zwei Millionen) bewilligt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von höchstens S 2.000.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Das ist der Antrag, ich bitte um Debatte bzw. Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil, ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich stelle vorweg, dass wir uns unter 2 Zielen entschlossen haben, diesen Gemeinderat zu verlangen.

Um Vorwärts zu helfen, dass wirklich bei Null begonnen werden kann und ein Spielbetrieb ermöglicht wird.

Dass weiterer finanzieller Schaden von der Stadt abgewendet wird.

Ich kann vieles was sie, Herr Bürgermeister, gesagt haben unterstreichen, aber auch bei der Unterlassung von Problemstellen kann natürlich schon der Eindruck erweckt werden, dass man auch hier und heute noch nicht mit der ganzen Wahrheit, mit dem ganzen Problem herausrückt. Und das hat Vorwärts seit 1994, seit wir uns intensiv damit beschäftigen, immer verstanden, immer nur zizerlweise, wie es einmal genannt wurde, die Unterlagen herauszurücken und die Wahrheit zu sagen. Man muss natürlich auch heute genau feststellen, was tun wir? Und es ist nicht richtig, Herr Bürgermeister, wenn sie sagen ich stelle hier S 6 Mio. zur Finanzierung des Zwangsausgleiches zur

Verfügung, gegenüber möglichen notwendigen 12 bis 15 Mio. Schilling. Diese Zahlen kann und darf man nicht vergleichen, und ich versuche es auch zu erklären. Es ist natürlich eine heutige Betrachtung, ohne Einbeziehung der Vergangenheit von 1994 aufwärts, nicht möglich. Diese Vorgänge hängen natürlich alle zusammen. Ich versuche es in aller Kürze, aber Wichtigkeit, hier die wesentlichen Punkte herauszufiltern. Wir sind 1994 zusammen gekommen und es ist damals um das Baurecht gegangen. Das ist ein wesentlicher Punkt, den sie heute nur gestreift haben. Das Baurecht ist 1994 an Vorwärts Steyr gegangen, damit sie einen Kredit bekommen, damit sie kreditwürdig sind. Es war auch hier unsere Mitteilung, hier in diesem Raum, das sei nur ein formaler Akt, das wird eh nie in Anspruch genommen, und falls etwas passiert, wenn über den Baurechtsnehmer Konkursverfahren oder Antrag auf Eröffnung eines Konkursverfahrens gestellt wird, dass das Baurecht zurück gegeben wird. Ich darf ihnen das hier wörtlich mitteilen. Der Punkt 5 des Baurechtsvertrages lautet: „Unbeschadet der vereinbarten Vertragsdauer von 80 Jahren, steht der Baurechtsgeberin das Recht zu, diesen Baurechtsvertrag mit sofortiger Wirkung aufzulösen, wenn über das Vermögen des Bauberechtigten ein Konkursverfahren eingeleitet oder ein Antrag auf Eröffnung eines Konkurses vom zuständigen Landesgericht mangels kostendeckenden Vermögens abgewiesen wird.“ Ich glaube, eindeutiger und klarer geht es nicht. Das haben sie, oder die, die damals dabei waren, beschlossen, genau diesen Text. Und uns ist mitgeteilt worden, deshalb kann auch nichts passieren, wenn es den Bach hinunter geht. Das Baurecht, das wollen wir nie aus der Hand geben, denn das ist uns wichtig. Wir haben auch noch eines mehr gesagt, zumindest war es die Mehrheit der damaligen politischen Akteure, dass allenfalls die Restsumme des aushaftenden Kredites bezahlt werden soll, mit dem Hintergrund, dass das Baurecht an die Stadt zurückfällt. Nämlich wenn jetzt, und jetzt sind wir wieder in der Gegenwart, das Baurecht von Vorwärts an die Raiffeisenbank übergeht, heißt das, dass ab sofort Vorwärts nicht mehr am eigenen Grund und Boden gratis spielen kann, sondern sie müssen Miete oder Pacht zahlen. Diese Miete oder die Pacht ist nicht beziffert, wir wissen bis heute nicht, sind es S 10.000,-- pro Monat, sind es S 100.000,-- pro Monat, wer kann sich wann, unter welchen Bedingungen, diese Miete oder Pacht leisten. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, was glauben sie, wenn sie heute hier abstimmen, wer hier einen Subventionsantrag bekommt, wenn es im Fall der Fälle wieder zu Problemen kommen sollte? Diese nächste Vereinbarung, die damals im Jahre 1995 geschlossen worden ist, über die Kreditbesicherung in der Höhe von S 9 Mio., auch hier würde ich aus heutiger Kenntnis nicht mehr zustimmen. Ich sage es vorsichtig ausgedrückt, damals war mir die gesamte Wahrheit nicht bekannt. Es war auch damals ein persönliches Engagement, wie sich dann herausgestellt hat, auch von tätigen Politikern, die persönlich haftet haben, weil sie in einer Solidarhaftung für einen Kredit in der Höhe von S 2 Mio. jeweils zu S 100.000,-- haftet haben. Aber Solidarhaftung heißt, dass jeder für sich für 2 Mio. Schilling haftet hat, hier war es natürlich schon verständlich, dass denen der Hut gebrannt hat, dass diese 2 Mio. Schilling Kredit natürlich in einer Umschuldungsaktion in diese 9 Mio. Schilling hineinfließen. Und das Zweite war, von den Raiffeisenbanken wurde teilweise ein ungesicherter Kredit auf einen sicheren Kredit, mit der Stadt besichert, übergeführt. Auch die Werte der Spieler, die uns damals im Funktionärszimmer aufgezählt worden sind, das war alles Schall und Rauch. Wir haben damals auch Vereinbarungen geschlossen, „bauberechtigt“ - denn das Baurecht zieht sich schon auch immer wieder durch. Ich zitiere: „.....verpflichtet sich ausdrücklich, das ihr mit diesem Vertrag eingeräumte Baurecht während der Vertragslaufzeit nicht zu veräußern oder in anderer Form weiterzugeben.“ Das ist 1994 und 1995, hier ist auch die Liste drinnen, wer aller damals für diesen 2 Mio. Schilling Kredit gebürgt hat. 1998 kam es zum nächsten Problem. Es wurden, wie sie richtig gesagt haben, die Raten nicht bezahlt. Ich glaube, von Vorwärts wurde keine einzige Rate bezahlt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schon!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir haben aber auch gesagt, dass dieser Kredit vorrangig bedient werden soll, was dann auch nicht eingetreten ist und jedenfalls kam es dann 1998 zum weiteren großen Problem.

Eines muss ich auch noch hinzufügen. Dieses Baurecht ist natürlich im Grundbuch eingetragen. Denn das Baurecht zieht sich wie ein roter Faden durch. Ich weiß nicht wer sich das Lastenblatt in letzter Zeit angesehen hat und ob es ihm möglich war, aber dieser 9 Mio. Schilling Kredit ist am Baurecht eingetragen und bei 3 Mio. Schilling des Kredites, wo die beiden ehemaligen Präsidenten persönlich gebürgt haben, da haben sie sich in diesem Lastenblatt vorrangig eintragen lassen, ohne uns zu informieren. Ohne uns zu informieren, haben sie auch gegen den ausdrücklichen Willen eines Gemeinderates GSM-Sendeanlagen montiert und im Vorhinein kassiert, auf Jahre hinaus im Vorhinein kassiert.

GR Mag. Gerhard Klausberger kommt um 13.35 Uhr in die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das heißt, es haben sich im Nachhinein schon Dinge zugetragen, die es wohlwollenden Sportfunktionären, Politikern von Seiten der Stadt, die dem Verein positiv gegenüber standen oder stehen, sehr schwierig gemacht haben.

1998 kam es dann zu dieser vielseitig zitierten Garantieerklärung.

Die Bundesliga hat den damaligen Finanzplan über 16 bis 17 Mio. Schilling nicht akzeptiert und auch hier wurde diese Garantieerklärung als formale Voraussetzung abgegeben. Ich habe ihnen damals, 1998, weil ich behaupte, dass damals im Juni 1998 die letzte Chance für Vorwärts gewesen wäre, Nägel mit Köpfen zu machen, unter großem persönlichen Einsatz einen Manager gebracht, ich habe ihnen einen Sanierer gebracht, aber sie, Herr Bürgermeister, haben damals gesagt, das machen wir alles selbst. Das macht der Herr Mag. Lemmerer, der übernimmt die Geschäfte, wir brauchen keinen externen Berater. Wir haben auch unterschreiben lassen, dass diese beiden Herrschaften nicht mehr im Präsidium sind, sie haben sie damals bei der ominösen Vorstandssitzung oder Generalversammlung von Vorwärts fast an der Hand hereingeführt. Sie sind wie aus der Asche aufgestanden und haben weiterhin auf die Stadt geschimpft.

Herr Bürgermeister, es gibt von ihnen ein Statement zum sogenannten Aschauer-Ultimatum, das ist genau diese Geschichte, wo wir aufgrund dieser Garantieerklärung diese 6 Mio. Schilling zahlen sollen. Wo sie ganz klar sagen, es ist kein Grund da zu zahlen. In ihrer damaligen Presseaussendung sagen sie auch etwas ganz Eigenartiges: „Zum jetzigen Zeitpunkt, das war am 10. 11. 1998, und unter den Vorzeichen, wie die Vereinsführung des SK Vorwärts, und insbesondere unter Präsident Dittrich, mit Halb- und Unwahrheiten versucht die Stadt unter Druck zu setzen, sehe ich keine Möglichkeit, im Gemeinderat eine Mehrheit zu finden, die beschließt, dem SK Vorwärts finanziell zu helfen.“ Das war dann im November des selben Jahres. Diese Garantieerklärung, die ja allen vorliegt, wir haben es schließlich auch im Gemeinderat beschlossen, hat ja ausschließlich für das Jahr 1998/99 gegolten. Was mit dieser Garantieerklärung passiert ist, wissen wahrscheinlich auch nur einige wenige Insider, dass diese Garantieerklärung dann zediert worden ist, dass sie dann aber trotzdem in der Bilanz aufgeschienen ist, das sind Dinge, die untersucht gehören, die man nicht unter den Tisch kehren darf. Es sind auch hier Verfahren gegen Politiker, oder gegen eine Politikerin und auch einen hohen Beamten dieses Hauses, anhängig. Ich denke schon, dass auch hier die Gerichte walten sollen, dass man das hier auch einfach ausjudizieren soll und nicht mit einer Generalamnestie, dass die Steuerzahler jetzt 6 Mio. Schilling nachschießen sollen, denn das ist nichts anderes, als eine neuerliche Subvention an den Sportclub Vorwärts Steyr. Das Heutige hat mit der Vergangenheit

nichts zu tun und das große Problem, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist wirklich das Baurecht. Was passiert mit dem Baurecht?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das steht im Vertrag, den ich jetzt erst vorgelesen habe, Herr Dr. Pfeil!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie, Herr Bürgermeister, haben uns in der Stadtsenatsitzung vor 14 Tagen am Rande mitgeteilt, dass sie einen Vorschlag unterbreitet haben, dass ein Zwangsausgleich von Seiten der Stadt finanziert werden soll und sie haben damals auch wörtlich gesagt „Na, wenn ich euch dahinter habe, glaube ich, dass ich das durchdrücke.“, so oder ähnlich haben sie das formuliert.

Es hat sich nachher herausgestellt, dass dieser Vorschlag, den sie damals als den ihren ausgegeben haben, der Vorschlag der Raiffeisenbank war, eins zu eins. Ich habe deshalb einen Brief an sie geschrieben, der auch schon diskutiert worden ist, unter welchen Bedingungen wir diese Finanzierung des Zwangsausgleiches mittragen. Die Raika Sierning erleidet als Einziger von ca. 200 Gläubigern bzw. 200 angemeldeten Forderungen, aus heutiger Sicht kaum einen Forderungsausfall. Daher muss sichergestellt werden, dass sich auch diese Bank mit einem ähnlichen Betrag an der Finanzierung des Zwangsausgleiches beteiligt. Wir haben, als wir diese Sitzung einberufen haben, im Hinterkopf gehabt, dass diese 14 Tage genützt werden, um mit der Raiffeisen-Landesbank über eine weitere Beteiligung an dieser Finanzierung zu verhandeln. Das ist leider, aufgrund dieser Einberufung innerhalb von 24 Stunden, nicht geschehen, oder war nicht möglich. Ferner muss eine finanzielle Beteiligung der beiden Hauptverantwortlichen von Vorwärts in einer entsprechenden Weise erfolgen. Insbesondere muss aber auch geklärt werden, wie die offenen Punkte mit der Werbefirma Rappl diskutiert werden müssen, oder einfließen müssen, weil hier sind ja meines Wissens nach auch noch 4,5 Mio. Schilling offen. Ferner muss Herr Baumeister Müllner in diesen Deal einbezogen werden, weil er ja auch seinen aliquoten Teil dazu zu leisten hat. Ferner haben wir verlangt, dass die Stadt Steyr dies als freiwillige Leistung ansieht, das heißt als Präjudiz für allfällige Verfahren, das ist eingeflossen. Es muss aber auch sicher gestellt werden, dass keine weiteren Forderungen an die Stadt Steyr gestellt werden, auch das ist eingeflossen. Eingeflossen ist auch, dass 6 Mio. Schilling nicht überschritten werden dürfen. Der nächste Punkt ist ein Problem, weil seitens des Fußballbundes muss bis zum Beschlusstag zugesichert werden, dass zumindest in der Regionalliga weitergespielt werden darf. Und wenn sie die Austauschtagessordnung, den Austauschvertrag, heute gesehen haben, genau dieser Punkt ist herausgestrichen worden. Wir haben uns ja auch verpflichtet, oder diejenigen die zustimmen werden, werden sich verpflichten, oder der Bürgermeister, oder die Stadt werden sich verpflichten, dass das Ganze null und nichtig ist, wenn ein Punkt von diesem Vertrag, von dieser Zwangsausgleichsfinanzierung nicht eingehalten werden kann. Das heißt, Regionalliga ist demnach gestorben. Ferner haben wir aber auch eine Einbeziehung aller Beteiligten gefordert. Wir haben am 4. April gefordert, dass der Stadtsenat, Herr Dr. Schwager als Rechtsvertreter, Herr Dr. Gottlieb-Zimmermann, Herr Dr. Schmoll, Vertreter der Raiffeisenbanken und die Masseverwalter zu einem Gespräch einbezogen werden. Das kam zustande, aber dieses Gespräch war keine Verhandlung, sondern nur ein Austausch der Meinungen. Das war eine halbe Stunde vor dem Pressegespräch, vor einem bereits anberaumten Pressegespräch. So schaut es aus, meine sehr geehrten Damen und Herren, um eine Werbeaussage zu zitieren, da ist keine Verhandlung mehr möglich, wenn draußen bereits Journalisten warten, die mit dem Ergebnis eins zu eins dann davongehen. Die Causa Vorwärts ist leider relativ umfangreich und kompliziert, und man muss sich damit auch auseinander setzen. Ich hoffe, dass alle Gemeinderäte, die heute hier diesem Antrag zustimmen oder ablehnen, sich ausreichend informiert haben und dass sie dann nach bestem

Wissen und Gewissen abstimmen, weil es ist ein freies Mandat und ich ersuche sie, hier geheim abstimmen zu lassen, dass hier wirklich jeder nach seinem Wissen und bestem Gewissen abstimmen kann.

Noch einmal, wenn wir heute mit 6 Mio. Schilling freiwillig diesen Zwangsausgleich finanzieren, dann hat Vorwärts nur einen Teilstart. Nicht bei Null sondern bei Minus-Unbekannt, weil wir heute noch nicht die Mitte wissen, oder was dem Baurechtsinhaber einfällt. Da muss ich noch etwas dazu sagen, es ist ja wirklich sehr umfangreich, es steht im Amtsbericht drinnen, dass die Raiffeisen-Landesbank oder die Konzerngesellschaft, die das Baurecht erwirbt schließlich mit dem neu zu wählenden Vorstand des Vereines einen unbefristeten Bestandsvertrag macht, um den Spielbetrieb im Stadion Volksstraße aufrechterhalten zu können. Ich habe bereits erwähnt, die Höhe ist unbekannt, aber wie schaut es mit einem Kündigungsverzicht aus? Was passiert, wenn der Baurechtsinhaber hier eine Kündigung ausspricht? Dann gibt es plötzlich keinen Kabinentrakt mehr. Das ist alles noch ungeklärt. Ich halte diese Vereinbarung deshalb jedenfalls für verfrüht und unausgegoren, und nicht eines Gemeinderates bzw. Stadtsenates würdig, und auch nicht einer Stadt würdig, Herr Bürgermeister. Ich ersuche noch einmal geheim abzustimmen, jeder soll nach bestem Wissen und Gewissen abstimmen und ich denke, eine Nachdenkphase und eine Nachverhandlung über die Osterzeit wären hier das richtige Mittel um auch dem Sportclub Vorwärts zu helfen.

Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eine Frage, Herr Dr. Pfeil, sei mir gestattet. Haben sie da jetzt gegen diesen Antrag plädiert, oder nur auf Hinausschieben, weil sie haben sich nicht wie der Leopold Pfeil benommen sondern wie der Pilatus Pfeil. Sind sie jetzt dafür oder dagegen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, mir ist die Causa zu ernst, dass ich jetzt hier Wortspiele mache. Es geht um 6 Mio. Schilling und ich glaube, ich habe mich deutlich ausgedrückt. Ich habe klar gesagt, dass ...

Zwischenrufe verschiedener Mandatare: Nein!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Geh, passen sie auf. Ich habe deutlich gesagt, dass dieser Antrag unausgegoren ist und nachverhandelt gehört. Es ist selbstverständlich, dass die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion diesem Antrag nicht zustimmt, das ist ganz klar, das ergibt sich natürlich, in dieser Form, aber es wäre vielleicht eine verbesserte Form möglich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Jetzt hat jede Fraktion eine Wortmeldung und dann kommt es zur Abstimmung. Bitte Herr Stadtrat Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Zu diesem Antrag sei eigentlich nur ganz kurz gesagt, es ist hier nichts zu verbergen, es ist für uns überhaupt kein stichhaltiger Grund, eine geheime Wahl durchzuführen. Ich glaube, dass wir alle gut genug informiert sind, dass wir alle auch die Verantwortung übernehmen und dass wir als Sozialdemokratische Fraktion einer geheimen Abstimmung nicht die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht von der FPÖ noch jemand das Wort?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, es ist alles gesagt!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

ÖVP bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätztes Präsidium. Wir sehen hier keinerlei Notwendigkeit einer geheimen Abstimmung. Es geht hier nicht um eine persönliche Gewissensfrage. Ich glaube man kann schon ganz offen sagen, wer die Vorwärts in Konkurs schicken möchte und wer nicht, wer ist der Meinung, dass die Stadt mehr bezahlen soll oder weniger. Ich glaube, wer dazu nicht persönlich und offen steht, der hätte da herinnen eh nichts zu suchen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Gemeinderat Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte mich meinen Vorrednern anschließen, auch ich, oder wir, sehen keinen Grund heute geheim abzustimmen. Sie haben vorher schon gesagt, Nägel mit Köpfen zu machen, ich denke mir, das sollten wir wirklich tun und bei Null

anfangen, und diese Möglichkeit heute nutzen. Das brauchen wir aber nicht mit einer geheimen Abstimmung machen, wir sollten alle gemeinsam dahinter stehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Es gibt einen Grund, der dafür sprechen würde, eine geheime Abstimmung zu machen. Ich kann mich erinnern, wie es das letzte Mal darum gegangen ist, diese Garantieerklärung über 6 Mio. Schilling zu beschließen, da war ich die Einzige, die sich enthalten hat, was als Gegenstimme zählt. Nach dieser Sitzung hat es hier herinnen einige Kollegen gegeben, die gesagt haben, wissen sie, ich hätte mich auch gerne so verhalten wie sie, aber ich kann es nicht, Fraktionszwang, Loyalität usw. Das wäre für mich ein Grund, diese geheime Abstimmung zu befürworten. Warum ich trotzdem dagegen bin, das hat einen ganz anderen Grund. Nämlich den, dass sie sich bewusst sein sollten, dass jeder Einzelne von ihnen hier herinnen, für alles was er im Gemeinderat beschließt, voll zur Verantwortung gezogen werden kann, auch zivilrechtlich. Dieser Verantwortung sollten sie sich bewusst sein und jeder, der heute für diese 6 Mio. Schilling stimmt, soll das auch öffentlich tun, und sich damit seiner Haftung bewusst werden. Bei einer geheimen Abstimmung ist diese Haftungsgeschichte wieder weg und ich wünsche mir eigentlich, dass sie die Haftung für diese Entscheidungen hier herinnen, für diese Bürgschaft, für diese Garantieerklärung und auch heute für diese 6 Mio. Schilling, auch tatsächlich wahrnehmen, auch wenn mir bewusst ist, dass eine geheime Abstimmung wahrscheinlich dazu führen würde, dass man doch ein anderes Stimmverhalten hätte. Denn eines gibt es hier herinnen in diesem Gemeinderat leider nicht, nämlich ein freies Mandat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zur Abstimmung für die geheime Abstimmung. Wer für die geheime Abstimmung ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 6 (FPÖ). Wer ist dagegen? 24 (SPÖ, ÖVP, GAL). Wer übt Stimmenthaltung? Eine Enthaltung (LIF). Danke. Der Antrag zur geheimen Abstimmung wurde abgelehnt.

Ich würde dem Gemeinderat vorschlagen, dass jede Fraktion eine Fraktionsmeinung abgeben würde, und dann möchte ich die beiden Fachexperten ersuchen, aus ihrer Sicht den Gemeinderatspunkt darzulegen. Findet das Zustimmung? Danke. Herr Stadtrat Bremm bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Sehr verehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich kann und werde die Stellungnahme von unserer Fraktion kurz machen. Ich glaube, dass wir ja in den letzten Jahren, seit 1994, viele Stunden über dieses Thema diskutiert haben. Auch uns hat diese Entwicklung Sorge bereitet und es hat sich auch bei uns die Begeisterung in Grenzen gehalten, aber der Fairness halber muss man schon sagen, zu den damaligen Zeitpunkten waren die Entscheidungen richtig. Auch wenn der Herr Dr. Pfeil sagt, heute würde ich diese Entscheidung

nicht mehr treffen. Das ist eine sehr einfache Darstellung, aber eines wissen wir auch, dass der Abend immer klüger ist als der Morgen, das ist eine alte Weisheit. Auch in diesem Punkt, wenn wir das alles vorher gewusst hätten, hätte vielleicht so manch andere Entscheidung getroffen werden müssen. Ich glaube, dass es uns heute darum geht, einmal 2 Punkte zu sehen. Wie kommt die Stadt aus dieser Situation finanziell am Besten heraus? Das wurde bereits erläutert und wird dann auch wieder im Anschluss noch von den Fachleuten erläutert werden und es ist im kleinen Kreise von den Experten auch die Darstellung gemacht worden, darum tun wir uns vorweg schon ein bisschen leichter. Die einzige Alternative für die Stadt, um hier finanziell in dieser Größenordnung weg zu kommen, ist, dem heutigen Antrag die Zustimmung zu geben. Er ist mit 6 Mio. Schilling Maximalauszahlung nach oben gedeckelt, wobei wir, wenn wir diese Entscheidung nicht treffen und den Konkurs herbeiführen würden, dann wahrscheinlich mit 14 bis 15 Mio. Schilling rechnen müssen, aber sicher sind auf jeden Fall 9 Mio. Schilling, das ist die Bürgschaft für den Kredit aus dem Jahr 1994, die würden wir auf jeden Fall bezahlen müssen. Ganz einfach gerechnet, wenn man 6 Mio. Schilling im Vergleich zu 9 Mio. Schilling deckeln kann, ist es immer noch um 3 Mio. Schilling billiger. Ich glaube, aus dieser Sichtweise heraus, ist das die einzige Alternative die wir haben. Das ist die wirtschaftliche Betrachtungsweise und darüber hinaus gibt es natürlich auch noch eine sportliche Betrachtungsweise. Ich glaube, in diesem Kreise auch nicht näher darauf eingehen zu müssen, dass gerade die Vorwärts ein Traditionsverein der Stadt Steyr ist. Sie hätten im vergangenen Jahr das 80-jährige Jubiläum gefeiert, leider Gottes sind dann aber die Turbulenzen zu groß gewesen, und es ist dann auf großartige Feierlichkeiten verzichtet worden. Es ist aber mit dieser Lösung, wenn wir als Stadt dem Zwangsausgleich die Zustimmung geben, auf alle Fälle eine große Chance gegeben, dass die Vorwärts in einer vernünftigen Liga, und zwar in der Regionalliga-Mitte, spielen kann. Ich sage nicht, dass das fix ist, aber die Wahrscheinlichkeit ist sehr groß, dass sie den Weiterbestand in der Regionalliga-Mitte führen kann und ich glaube, das hat auch für das Steyrer Sportgeschehen eine große Bedeutung und darüber hinaus muss man auch in Betracht ziehen, dass hier die Vorwärts ein Verein ist, der den größten Jugendbetrieb führt, und das gehört natürlich auch in unsere sportliche Betrachtungsweise. Ich möchte auch bei dieser Gelegenheit anführen, dass, entgegen anderen Äußerungen, der Vorwärtsjugend sehr wohl der Weiterbetrieb bis zum heurigen Sommer gesichert ist. Die Vorwärtsjugend ist ja auch von der Kampfmannschaft abhängig, darum habe ich sehr wohl sofort reagiert und habe an die Fachabteilung den Auftrag gegeben, das in die Wege zu leiten, dass wir hier auch die Kosten der Platzbenützung und einiges andere übernehmen. Also, es ist nicht so, dass den Sportreferenten der Jugendbetrieb der Vorwärts egal gewesen wäre, sondern die Vertreter der Vorwärts waren bei mir und es funktioniert ausgezeichnet. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieser Verantwortung, dass wir einerseits als Stadt Steyr mit dem Zwangsausgleich wirtschaftlich am Besten aus allen Verpflichtungen heraus kommen und mit der Gewährleistung und der großen Chance auch sportlich noch einen halbwegs attraktiven Verein weiterhin in der Stadt Steyr zu haben, glaube ich, ist die Entscheidung zumindest für uns als Sozialdemokraten relativ leicht. Nicht dass uns die Entwicklung eine Freude bereitet hätte, aber die Entscheidung, dem Antrag, der uns vom Bürgermeister vorgetragen wurde, auch die Zustimmung zu geben, fällt uns zum jetzigen Zeitpunkt nicht schwer.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Stadtrat Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich glaube, niemand kann hier behaupten, dass man sich, weder in der Vergangenheit noch jetzt, die Sache leicht gemacht hat. Mit Sicherheit ist weder in der Vergangenheit, noch wird man das jetzt machen, leichtfertig

mit dem Geld des Steuerzahlers umgegangen worden, und

auch nicht leichtfertig mit dem Schicksal eines Traditionsvereines.

Das heißt, es braucht sich weder jemand als Retter noch als Totengräber eines Vereines aufspielen. Jetzt liegen einfach Zahlen und Fakten am Tisch und wenn es um die Entscheidung geht einen Verein in den Konkurs zu schicken, oder einen Ausgleich zu ermöglichen, und wir wissen, dass es hier eine Frist gibt, die mit 2. Mai feststeht, dann ist Handlungsbedarf da.

Für die Stadt, um Schaden von höheren Zahlungen zu verhindern und

um auch andere Gläubiger zu befriedigen.

Denn dieser Aspekt ist noch nicht angesprochen worden, auch wenn eine Ausgleichsquote von 20 % nicht viel ist, aber bitte 20 % ist besser als überhaupt nichts und

das dürfen wir auch nicht vergessen, es steht eine neue Spielsaison vor der Tür,

und die Entscheidung, ob ein Verein weiter existieren soll oder nicht, muss jetzt getroffen werden. Ein Nein zu diesem Ausgleich würde bedeuten

die Stadt zahlt mehr und

der Verein wäre tot.

Alles andere ist Polemik, das sind die Tatsachen und das muss auch die Grundlage für unsere Entscheidung sein. Ich gebe ihnen vollkommen Recht, Herr Kollege Pfeil, dass natürlich noch Fragen zu klären sind, die sind aber vor allem auch im Zusammenhang zwischen der Vorwärts und der Bank zu klären. Jetzt ist die Entscheidung für den Ausgleich oder für den Konkurs, sind wir bereit diese Ausgleichsquote in Abtausch mit den Forderungen zu geben - ja oder nein? Hier ist unsere Linie klar, für uns ist das das geringere Übel, wir werden dem zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Gemeinderat Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Ich glaube die Strategie „Schwamm drüber“ ist die einfachste Strategie, aber die sollten wir hier auch nicht anwenden. Wir sollten sehr offen darüber diskutieren was passiert ist und wie wir in Zukunft vorgehen. Ich denke mir, es ist natürlich jetzt für uns, 7 bis 8 Jahre nach der ersten Garantieerklärung, oder diesem Bürgschaftsvertrag, sehr einfach, Schuldige zu finden und es ist nicht schwierig, dass wir dieses Spiel im Gemeinderat spielen und die einzelnen handelnden Personen aus dieser Zeit, aus den letzten Jahren, vorzuführen. Der Herr Dr. Pfeil hat den Ablauf sehr gut geschildert. Ich kann für meine Fraktion nur sagen, dass wir damals, vor 7 Jahren, diesem ersten Bürgschaftsvertrag nicht zugestimmt haben. Ich war noch nicht im Gemeinderat, möchte es mir aber auch nicht so leicht machen und sagen, wir haben damit nichts zu tun, wir stehlen uns aus der Verantwortung. Ich habe mir auch die Protokolle dieser damaligen Sitzung sehr genau angeschaut und es ist bereits damals von mehreren Vertretern, z. B. Günter Fürweger, weil ich auch dich da sehe, auf die Vereinsstruktur der Vorwärts, hingewiesen worden.

Bereits damals war es zu erkennen und es hat sich auch in den letzten Jahren sehr stark gezeigt, wie das Präsidium handelt, was da los ist. Ich denke mir, das ist auch der Vorwurf, den wir uns selber machen müssen und der auch berechtigt ist. Die Stadt als Garantieerklärer hat zu lange zugeschaut. Ich denke mir, wir hätten sehr wohl die Möglichkeit gehabt einzugreifen, die handelnden Personen waren oder sind ja keine Unbekannten in der Stadt und wir hätten doch ordnend in dieses Geschehen eingreifen können. Diese 7 Jahre sind vergangen und ich muss auch sagen, damals 1998, als wir diese zweite Garantieerklärung unterschrieben und dem zugestimmt haben, da haben wir sehr bewusst und aus mehreren Gründen zugestimmt, denn es hat damals geheißen, dass der Herr Dittrich und der Herr Radlspäck zurücktreten. Sie haben vor unseren Augen diese Rücktrittserklärung unterschrieben, passiert ist aber leider nichts. Der Verein hat genauso weiter gewurschtelt wie vorher. Das Problem ist jetzt, es gibt diese zwei Szenarien, die der Herr Bürgermeister skizziert hat, und da kommen wir einfach nicht heraus. Es gibt das eine Szenario, so günstig wie nur möglich auszusteigen, aber alle Angelegenheiten müssen natürlich vom Tisch sein, und es gibt eben die Gefahr dass die Stadt bei einem Konkursverfahren mehr zu bezahlen hat. Ich denke mir, ich bin nicht wirklich glücklich, und das kann auch niemand hier herinnen sein, dass wir diesen Neuanfang unterstützen müssen. Dieser Neuanfang muss aber wirklich einer mit, wie vorher schon gesagt, Nägel mit Köpfen sein, und es muss bei Null beginnen, es muss eine neue Vereinsstruktur her, es dürfen die Personen, die vorher gehandelt haben, mit dem Ganzen nichts mehr zu tun haben und wir, als Stadt, dürfen auch die alten Fehler, die wir begangen haben, nicht mehr machen. Ich glaube, in diesem Zusammenhang ist es schon wichtig auch auf diese offenen Fragen, die auch der Herr Dr. Pfeil zum Teil schon andiskutiert hat, wirklich einzugehen. Da geht es nicht nur um Forderungen, sondern hier geht es auch um Verbindlichkeiten und ich denke mir, das hat mir noch niemand so richtig erklärt. Was ist eigentlich mit der Verbindlichkeit des Herrn Müllner, der damals, genauso wie wir, diese Garantieerklärung unterschrieben hat? Es gibt auch diese Frage der Forderungen, die bereits angesprochen worden ist, der Bandenwerbung Rappl. Auch diese Geschichte muss geklärt sein, um nicht von vornherein dem Verein wieder Hindernisse und Barrieren in den Weg zu legen, wo man dann wieder mit den alten Problemen zu tun hat. Herr Dr. Pfeil, ihre Ausführungen waren sehr interessant und ich stimme ihnen zum Teil auch zu, nur was mir fehlt, das ist die Alternative, die haben sie leider nicht skizziert. Zu dir, Kollegin Frech, für alle Entscheidungen die wir hier treffen sind wir verantwortlich, und da können wir nicht sagen, wir haben die Gunst, dass wir erst so spät in den Gemeinderat gekommen sind, dass wir das nicht mitzutragen haben. Ich denke mir, wir sind jetzt hier verantwortlich für die Finanzen der Stadt Steyr und wir müssen hier und jetzt entscheiden, ob wir in diesen sauren Apfel beißen, 6 Mio. Schilling oder eben mehr bezahlen. Aus dieser Verantwortung können wir uns nicht stehlen. Ich möchte zum Abschluss aber schon auch den Wunsch an den Finanzreferent richten, dass wir nicht nur in Notsituationen wie dieser auf finanzielle Kreativität zurückgreifen, sondern es gibt auch andere Notsituationen, die unter Umständen in der nächsten Zeit in unserer Stadt auf uns zukommen könnten. Ich spreche hier nur den Kulturbereich an, wo wir im März bereits alle finanziellen Mittel ausgeschöpft haben. Auch hier wird finanzielle Kreativität gefordert, damit wir auch in diesen Bereichen vielleicht im Laufe des Jahres noch eine finanzielle Unterstützung bekommen. 2 Mio. Schilling ist ja auch nicht irgendetwas, also wenn wir in der Kultur 2 Mio. Schilling in diesem Jahr hätten, dann könnten wir sehr vielen Menschen in Steyr helfen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das war aber jetzt ein Zusatz, Herr Kupfer.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Rechnerisch geht sich das aber nicht aus.

GR Wilhelm Hauser kommt um 14.05 Uhr in die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, wert Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wert Gäste. Es ist schon eigenartig, immer dann wenn es in dieser Stadt um heikle Dinge geht, dann wird alles plötzlich sehr dringlich, dann muss alles sehr, sehr rasch passieren. Ich kann mich erinnern, ich war etwas verwundert, als ich vor einigen Tagen im Radio vernommen habe, dass die Stadt Steyr Vorwärts gerettet hat, 6 Mio. Schilling werden bezahlt. Zu diesem Zeitpunkt gab es weder einen Beschluss des Stadtsenates, noch einen Beschluss des Gemeinderates, wobei letzterer das zuständige Organ ist, diesen Beschluss zu fällen. Allerdings hat dies alles wieder einmal sehr schnell passieren müssen und eigentlich hätte ja heute schon der Stadtsenat per Dringlichkeit die Entscheidung des Gemeinderates vorweg nehmen sollen, weil man ja keine Zeit mehr hat um auf den nächsten Gemeinderat, Mitte Mai, zu warten. Das muss man auch gar nicht, man kann einen Sondergemeinderat machen, zu dem ich den Herrn Bürgermeister bereits letzte Woche schriftlich aufgefordert habe. Bis heute hatte ich aber dann allerdings keine Reaktion darauf bekommen. Dann ist die FPÖ gekommen und hat diesen Antrag auf Sondergemeinderatssitzung vorgelegt. Der kann innerhalb von 24 Stunden einberufen werden, wir haben allerdings Zeit bis zur nächsten Tagsatzung, dem 2. Mai. Das heißt, wenn es einem wirklich wichtig ist, dass sich die Mandatare ordentlich mit der Materie beschäftigen können, dann hätte man ja nach Ostern diese Gemeinderatssitzung machen können, denn am 2. Mai ist die nächste Tagsatzung. Man hätte natürlich auch noch schauen können, ob man nicht einen anderen Weg findet. Aber das machen wir lieber binnen 24 Stunden. Reiner Zufall ist, dass Mittwoch Nachmittag der Magistrat dicht ist, und man deshalb auch sein Akteneinsichtsrecht gar nicht wahrnehmen konnte. Was allerdings eh keine Rolle spielt, weil es dieses Akteneinsichtsrecht de facto gar nicht gibt. Die Akte Vorwärts liegt unter Verschluss. Seit Jahren bemühe ich mich den Akt Vorwärts einzusehen, jedes Mal hat es wieder unterschiedliche Gründe gegeben, warum ich nicht den gesamten Akt sehen darf. Weil es eben nicht auf der Tagesordnung der Sitzung ist, oder weil ja nur ein Teilakt geprüft wird, weil ich mir ja eigentlich meine Meinung auch so bilden kann, ohne das zu wissen. Das heißt, da frage ich mich schon, ob man wirklich daran interessiert ist, dass die Mandatare nach reinem Gewissen und bester Vorbereitung ihre Entscheidung treffen, oder ob man nicht lieber manche Dinge im Geheimen schlummern lassen will, weil es vielleicht ein bisschen peinlich wäre wenn einiges aufkommt. Heute wollte ich mir wieder einmal die Akte Vorwärts anschauen, nachdem wir sie wieder auf der Tagesordnung der Sitzung haben. Der erste Punkt war, der Amtsbericht reicht aus, das ist der Akt. Dann haben wir uns ein bisschen herunterverhandelt, ich darf wenigstens in das alles Einsicht nehmen, was in diesem Amtsbericht zitiert wird. Aber den gesamten Akt darf ich natürlich nicht sehen, das legen wir sehr restriktiv aus. Ich habe dann mit dem Land Oberösterreich telefoniert, und der Herr Dr. Slapnicka, den ich hier herinnen auch des Öfteren erwähne, sagt mir, und das sagt er auch jedes Mal der Stadt wenn sie sich erkundigt, dass dieses Akteneinsichtsrecht selbstverständlich umfassend sein muss. Und zwar deshalb, weil jeder Mandatar hier herinnen für seine Entscheidung persönlich zur Verantwortung zu ziehen ist, und auch zivilrechtlich haftet. Das heißt, wenn ich als Mandatar diese Haftung habe und mich dazu bekenne, dann muss ich aber vorher genau wissen, warum und wie ich zu dieser Entscheidung komme. Dann kann es nicht sein, dass es heißt, der Akt ist mehr oder weniger unter Verschluss. Auch meine Frage nach einem Aktenverzeichnis, da heißt es, das ist eine interne Information, ich darf mir nicht einmal das Inhaltsverzeichnis anschauen. Was es in diesem Akt überhaupt gibt, das wird mir als Gemeinderätin und Fraktionsvorsitzende verwehrt. Soviel dazu.

Das finde ich schon sehr bedenklich, dass man hergeht und Mandatare über 6 Mio. Schilling entscheiden lässt. Und nicht nur über 6 Mio. Schilling, denn eines bin ich mir ziemlich sicher, das war nicht der letzte Akt in der Causa Vorwärts, das wird noch weiter gehen. Aber wir entscheiden heute über 6 Mio. Schilling, wo wir uns nicht einmal bis ins Letzte informieren dürfen, und das halte ich für sehr bedenklich. Das ist der eine Punkt. Der andere Punkt ist der, soweit es mir eben möglich war mich mit der Causa Vorwärts zu beschäftigen, habe ich es getan. Ich muss allerdings zugeben, dass es sicherlich den einen oder anderen Punkt gibt, den ich nicht weiß, weil er vor mir und vor anderen ganz einfach verborgen wird. Dessen ungeachtet möchte ich zu dem kommen, was man nachvollziehen kann. Ein Punkt dazu ist dieses Baurecht, was heute schon gefallen ist und der Herr Dr. Pfeil hat auch gesagt, „diese Auflösung des Baurechtes, die möglich wäre“ - nur dazu muss ich ihnen sagen, dass in diesem Baurechtsvertrag ein Passus ist, der rechtlich gar nicht hält, der keine Gültigkeit hat. Und zwar, sie haben es heute schon einmal vorgelesen, aber noch einmal ganz kurz, „Unbeschadet der vereinbarten Vertragsdauer von 80 Jahren, steht der Baurechtsgeberin das Recht zu, diesen Baurechtsvertrag mit sofortiger Wirkung aufzulösen, wenn über das Vermögen des Bauberechtigten ein Konkursverfahren eingeleitet, oder ein Antrag auf Eröffnung eines Konkurses vom zuständigen Landesgericht mangels kostendeckenden Vermögens abgewiesen wird.“ Auch dieser Passus wird im aktuellen Amtsbericht wieder zitiert, nur ist er rechtlich nicht haltbar, denn es gibt ein Baurechtsgesetz, und da steht im § 4 genau drinnen, unter welchen Bedingungen dieser Baurechtsvertrag gekündigt werden kann. Beim Konkurs oder Ausgleich, aber nicht unter denen, die hier herinnen stehen, das geht gar nicht. Das heißt, wir haben schon damals, oder sie haben schon damals, jene die diesen Vertrag mehr oder weniger so haben wollten wie er ist, etwas hineingegeben, was rechtlich gar nicht hält. Dass sich solche Dinge durch die Causa Vorwärts durchziehen, das sieht man an vielen Beispielen, wie man in der Stadt auch damit umgegangen ist, da möchte ich nur eines herausgreifen, was für mich symptomatisch ist für den gesamten Umgang mit der Causa Vorwärts. Ich kann mich erinnern, wie es vor ungefähr 1 ½ Jahren um diese Garantieerklärung gegangen ist, da sind die Fraktionsvorsitzenden beisammen gesessen und haben überlegt, ob diese Garantieerklärung stattfinden soll oder nicht. Während noch die Verhandlung und die Gespräche waren, gab es bereits eine fix und fertige Presseaussendung, eine offizielle Presseaussendung des Magistrates, in der drinnen stand „In einer außerordentlichen Sitzung des Stadtsenates, an der neben den Stadtsenatsmitgliedern von SPÖ, FPÖ und ÖVP auch die Fraktionsvorsitzenden der GAL und des LIF teilnahmen, gab die Stadt Steyr eine schriftliche Garantieerklärung über 6 Mio. Schilling für die Spielsaison usw. ab. Die Garantieerklärung wurde von allen anwesenden Vertretern der Steyrer Gemeinderatsfraktionen unterzeichnet.“

Diese Aussendung gab es bevor die Sitzung noch aus war, und ich habe mich in dieser Sitzung nicht dafür ausgesprochen diese Garantieerklärung zu unterzeichnen. Dass es so nicht abgeschickt wurde, ist nur dem Zufall zu verdanken, dass mich jemand informiert und mir das mitgeteilt hat, und ich dann sofort gelaufen bin, um das zu verhindern. Damit tatsächlich die Wahrheit heraus kommt und nicht dass alle das unterschrieben haben, sondern dass ich mich da sehr wohl nicht angeschlossen habe. Das ist dann auch passiert. Hätte ich da nicht eingegriffen, wäre das ganz einfach so hinaus gegangen. Aber es zeigt nur, wie man einfach mit dem Thema umgeht. Und warum geht man mit dem Thema so um? Da sind wir bei dem Punkt wo ich beim Kollegen Mayrhofer anschließen möchte, der gesagt hat, und da gratuliere ich ihnen, sie haben das sehr geschickt gemacht, taktisch sehr klug, jeder der hier herinnen Kritik daran übt oder gegen diese 6 Mio. Schilling an Steuergeldern ist, treibt Vorwärts in den Konkurs. Das ist Polemik Herr Kollege. Wir treiben Vorwärts nicht in den Konkurs, Vorwärts hat sich selbst in den Konkurs getrieben, nicht die Stadt Steyr, wenn es dazu kommt. Die Stadt Steyr hat, denke ich mir, sehr, sehr lange zugesehen und ihr eigentlich noch viele Dinge ermöglicht, aber wir haben oder werden nicht Vorwärts in den Konkurs treiben, das hat Vorwärts selbst gemacht. Dazu möchte ich ein paar Fragen stellen, nämlich zur Historie. Könnte es nicht sein, dass es hier herinnen gar nicht mehr um Vorwärts geht? Dass es nicht darum geht, Vorwärts vor dem Konkurs zu retten? Es ist immer schön wenn Politiker jemanden retten. Könnte es nicht sein, dass die ganze Causa ihren Ausgang darin genommen hat, dass Politiker für einen Kredit für Vorwärts persönlich haftet haben, und dass sie diese persönliche Haftung nicht länger wahrnehmen wollten? Könnte es nicht sein, dass sich diese Politiker aus der Verantwortung davongeschlichen haben, in dem sie diese Bürgschaft einfach der Stadt übertragen?

Könnte das nicht ein Motiv gewesen sein? Dass der Steuerzahler letztlich für politische Eitelkeiten und für das Ablegen von Verantwortlichkeiten zur Verantwortung gezogen wird, das könnte möglicherweise sein. Könnte es nicht auch sein, dass sehr viele Personen, von Vorwärts möchte ich da gar nicht reden, lange tatenlos zugesehen haben, wie möglicherweise die Raika Sierning? Das heißt, der Ausgangspunkt war ein ganz anderer, und alles was in Folge passiert ist, war eigentlich nur mehr ein B-sagen, nachdem man A gesagt hat. Inzwischen sind wir längst nicht mehr bei B, sondern schon bei C, D, E, F, G und es wird noch weiter gehen. Wenn heute hier gesagt wird, wir müssen ja deshalb die 6 Mio. Schilling zahlen weil wir einen sehr schonenden Weg gehen wollen damit es nicht zu 15 Mio. Schilling kommt, dann habe ich ein Déjà-vu-Erlebnis, weil genau vor 1 ½ Jahren, oder ein bisschen länger, war es so, dass man gesagt hat, wenn wir jetzt diese 6 Mio. Schilling Garantieerklärung nicht übernehmen, dann müssen wir 9 Mio. Schilling bezahlen. Jetzt steht im Raum, dass wir 15 Mio. Schilling zahlen müssen, wenn wir nicht diese 6 Mio. Schilling zahlen. Ich bin gespannt, wie das dann noch weitergeht. Vor allem hätte doch jedem klar sein müssen, dass dieses Baurecht kein Pro- forma-Akt sein kann, und dass auch die Garantieerklärung von 6 Mio. keine Pro-forma-Angelegenheit ist, auch wenn es den Mandataren sehr oft mitgeteilt worden ist. Jeder der eine Bürgschaft übernimmt, wird dafür zur Verantwortung gezogen, das sollte jeder wissen. Aber das hat keine große Rolle gespielt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Geschichte ist sehr viel aufklärungsbedürftig und sich hinzustellen und zu sagen, wer heute nicht für die 6 Mio. Schilling ist, treibt Vorwärts in den Konkurs, das stimmt schlichtweg nicht, das hat Vorwärts wohl selbst zu verantworten. Was mir auch noch ein bisschen unklar ist, was ist eigentlich mit diesem 3 Mio. Schilling Kredit passiert, für den Vorstandsmitglieder bei der Raika Sierning persönlich haftet haben? Von dem hat man eigentlich nicht mehr viel gehört. Was ist mit diesem 3 Mio. Schilling Kredit, wenn es zu dem Zwangsausgleich kommt? Was ist mit den 3 Mio. vom Herrn Müllner, hat der Andreas Kupfer gefragt. Ganz einfach, der ist aus dem Schneider wenn wir das heute so beschließen, dann darf sich der Herr Müllner freuen, weil die 3 Mio., mit die er in der Haftung ist, sind dann wohl außer Obligo, die sind weg. Was ganz interessant ist, wir reden immer von einem Verein, ein Verein hat einen Vorstand, der auch zur Verantwortung gezogen werden kann. Ich habe heute die Mitteilung erhalten, dass es nicht einmal einen aktuellen Auszug aus dem Vereinsregister gibt, der am Amt aufliegt, wo man einmal schauen kann, ja wer ist denn eigentlich zum jetzigen Zeitpunkt für die ganze Angelegenheit verantwortlich. Liegt am Magistrat nicht auf. Mir ist mitgeteilt worden, dass das an sich ja nichts Geheimes wäre, das kann sich ja jeder aus dem Vereinsregister besorgen, was ich auch gemacht habe. Da ist eines ganz interessant, in diesem aktuellen Vereinsregister steht: „Gemäß § 13 der geltenden Statuten des Vereines Sportclub Vorwärts Steyr vertreten der oder die Präsidenten den Verein nach außen. Alle anfallenden Geschäftsfälle, alle finanziellen Angelegenheiten, sowie alle Rechtsgeschäfte werden rechtsverbindlich von einem Präsidenten und von einem Mitglied des Wirtschaftsrates unterfertigt.“ Das hat man damals nach der Neuwahl des Vorstandes hinein genommen, damit sichergestellt wird, dass es mit Vorwärts finanziell besser weiter geht, dass sie einer Kontrolle unterliegen. So steht das in den aktuellen Statuten drinnen. Da frage ich mich, der Präsident ist der Herr Leo Dittrich, nach diesem Statut hat aber er selbst nichts mehr alleine entscheiden können, was finanzielle Aktionen anbelangt, sondern er hat immer ein Mitglied des Wirtschaftsrates gebraucht. Jetzt kommt das nächste, wer sind denn die Mitglieder des Wirtschaftsrates? Entweder hätte der Mag. Walter Flörl, der Mag. Christian Köck oder der Direktor Lumplecker von der Raika mitunterschreiben müssen. Da frage ich mich schon, wenn diese Personen die Kontrolle ausgeübt haben, wie ist es dann eigentlich dazu gekommen, dass es jetzt am Schluss mit Vorwärts so rapide bergab gegangen ist, und dass wir eigentlich plötzlich mit diesen Tatsachen konfrontiert sind? Das hätte ja gar nicht passieren dürfen, wenn das tatsächlich eingehalten wird, wenn diese Wirtschaftsrate aktiv werden. In dieser ganzen Causa gibt es sehr, sehr viele Ungereimtheiten, eine weitere Ungereimtheit möchte ich noch herausgreifen, das sind diese 15 Mio. Schilling, die dieses Baurecht wert sein soll. Da frage ich mich schon, wie komme ich auf 15 Mio. Schilling für ein Baurecht in der Causa Vorwärts. Diese Tribünen, die da mit Millionenbeträgen bewertet werden, die sind unverkäuflich. Wie wollen sie denn eine fix verankerte Tribüne verkaufen? Aber es ist plötzlich ein Baurecht da, das 15 Mio. Schilling wert ist. Das ist nie realisierbar. Es ist weder realisierbar, weil diese Dinge zu verkaufen sind, es ist nicht realisierbar, weil es ein OÖ Sportstättengesetz gibt, und es ist auch deshalb nicht realisierbar, weil in dem Moment, in dem ich es realisieren würde, es ja keine Vorwärts mehr geben

könnte. Das heißt, es schließt sich ja alles miteinander aus. Das sind nur wenige der Punkte zum Thema Vorwärts. Es ist auch sicherlich noch nicht der letzte Akt gewesen. Aus all dem heraus ist es für mich nicht nachvollziehbar, dem Steuerzahler letztlich die Verantwortung zu übertragen, dass er 6 Mio. Schilling für etwas zahlen muss, das er nie verursacht hat, und wo es im Prinzip nur daran liegt, dass es eine verhängnisvolle Affäre von Fußball und Politik gegeben hat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, nun darf ich die Fachexperten um die Meinung oder um die Aufklärung des Gemeinderates ersuchen.

DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrter Herr Kollege. Ich habe hier bei diesem Pult jetzt einmal die Aufgabe, alles was politisches Kleinholz anbelangt zu vergessen. Ich habe es auch gerne übernommen, die Interessen der Stadt aus rein juridischer Sicht zu prüfen, und zu dem auch mir vorliegenden Amtsbericht in der letzten Fassung Stellung zu nehmen. Ich muss dazu sagen, und das wurde auch schon von Vorrednern angedeutet, wir haben schon einiges an Vorverhandlungen geführt, insbesondere auch auf rein juridischer Basis und es ist für mich nicht angenehm zuzuhören, wenn das, was mit sehr viel Feingefühl schon vorverhandelt wurde, aus einem scheinbaren politischen Selbstverständnis in Frage gestellt wird. Wir sind im Zuge der Verhandlungen in Richtung der Ermöglichung eines Zwangsausgleiches sehr weit gediehen. Dazu muss man einmal sagen, kein Mensch schickt den SK Vorwärts in den Konkurs, sie sind es ja. Es geht ja nur um die Frage, wie wird dieses Konkursverfahren in einer Weise gelöst, die für die Stadtgemeinde, und hier spreche ich nur für die Stadtgemeinde als deren Anwalt in diesem Verfahren, ein bestmögliches Aussteigen erlaubt. Es wurde schon auf die Vorgeschichte verwiesen, wir müssen von dem ausgehen was beschlossen wurde, mit welchen Mehrheiten und Zustimmungen auch immer. Ich befasse mich auch nicht mit irgendwelchen Haftungsfragen in dem Zusammenhang, ich schaue auch nicht nach, wer jetzt tatsächlich welche Garantieerklärung wann unterschrieben hat. Es geht mir allein darum, es sind beschlossene Tatsachen und von denen muss man in einer Demokratie einfach ausgehen. Das heißt, wir haben einen Baurechtsvertrag der dazu geführt hat, dass nach dem damaligen politischen Willen der Stadt eine Baurechtseinlage eröffnet wurde. Das heißt, dass man dem Baurechtsnehmer sprich, SK Vorwärts Steyr, eine rechtliche Absicherung dafür gab, dass er auf fremden Grund, denn der Grund gehört ja nach wie vor der Stadtgemeinde Steyr, Bauten errichtet hat, die aber, nachdem ja rechtlich üblicherweise Bauten, die man auf fremden Grund errichtet, in das Eigentum des Grundeigentümers fallen, die der Sportklub dann belasten wollte und musste. Das war damals eine Voraussetzung dafür, dass die schon mehrfach genannte Bank, nunmehr Raiffeisenbank Region Sierning, sich zu bestimmten Kreditgewährungen bereit erklärt hat. Diese Kreditgewährungen haben auch zu dem, hier auch schon wiederholt genannten, Bürgschaftsvertrag geführt, in dem sich die Stadtgemeinde aus damaliger Großzügigkeit heraus bereit gefunden hat, bis zum Höchstbetrag von 9 Mio. Schilling mehr oder weniger vorbehaltlos zu haften. In die Baurechtseinlage kam noch, wenn auch mit einer Urkunde vom selben Tage, ein Pfandrecht über 3 Mio. Schilling hinein, das noch dazu vorrangig vor dem der Stadtgemeinde ist. Das heißt, wie immer man jetzt die rechtliche Sicht über die Lösungsmöglichkeit des Baurechtsvertrages im Konkursfall sehen mag, die Ausführungen von Fr. Mag. Frech sind nicht einmal im Groben nur zu negieren. Wie immer dem auch sei, wenn die Stadtgemeinde von diesem noch einmal sehr dubiosen Recht überhaupt Gebrauch machen wollte, dann fehlt der Stadtgemeinde die Sachhaftung für weitere 3 Mio. Schilling. Ich weiß nicht ob das im Willen des Erfinders gelegen ist. Es ist bereits bekannt, ich nehme an, nicht nur aus den heutigen Berichten, dass ja von Seiten des SK Vorwärts, zu Zeiten, als sich dieser Verein noch nicht in Konkurs befand, aus dieser nicht sehr

glücklich formulierten Garantieerklärung über 6 Mio. Schilling, ein Prozess gegen die Stadt eingeleitet wurde. Dieses Verfahren ist derzeit durch die Konkursöffnung bedingt unterbrochen. Es könnte theoretisch sowohl von der Stadtgemeinde als beklagter Partei, als auch von den Herrn Masseverwaltern fortgesetzt werden, sollte irgendjemand ein Interesse daran finden. Zu einer derartigen Fortsetzung käme es unserer Prognose nach sicher dann, wenn das Konkursverfahren nicht auf eine andere Weise erledigt werden könnte. Das heißt im Klartext, wir haben auf alle Fälle eine Haftung von 9 Mio. Schilling aus dem Bürgschaftsvertrag, wir haben eine mögliche Haftung von 3 Mio. Schilling aus der Sachhaftung und wir haben eine strittige, aber noch alles andere als ausjudizierte Gefahr einer Haftung, von weiteren 6 Mio. Schilling. Dem steht nunmehr das Modell, das sie im Amtsbericht vorliegen haben, gegenüber, dass sich die Stadt Steyr an einem Zwangsausgleich unter ganz bestimmten Bedingungen und Voraussetzungen beteiligt. Diese Bedingungen scheinen in eben dieser Form im Amtsbericht auf, wie wir sie als Vertreter der Stadt gegenüber der Masseverwaltung, insbesondere aber auch gegenüber den Vertretern der Raiffeisenbank Sierning, deponiert haben, und nicht nur bei dieser, sondern es sind ja Größenordnungen wo sich die Sierninger ja schon bei der Raiffeisenlandesbank Rat und Tat, Unterstützung und auch Vertretung holen müssen. Auch dort haben wir immer ganz klar deponiert, für uns als Stadt kommt, wenn überhaupt, und für das „wenn überhaupt“ sind dann sie berufen darüber zu entscheiden, sei es in einer Grundsatzentscheidung oder wie auch immer, aber es kommt überhaupt nur dann in Betracht, wenn einerseits klargestellt ist, dass von dritter Seite, es wurde schon erwähnt, dass da verschiedene Zessionen oder behauptete Zessionen herumschwirren, dass einerseits klargestellt wird, dass nicht irgendeiner aus der Asche auftaucht und sagt, bitte ich bin aber forderungsberechtigt und nicht die Konkursmasse. Das muss abgesichert sein und diesbezüglich weiß ich, dass hier schon vorgefühlt wurde und dass von dieser, ich nenne es jetzt etwas vereinfacht, gefährlicheren Seite schon versucht wurde ein Gespräch mit dem Herrn Bürgermeister herbeizuführen. Ich kann als Jurist, der die Stadt vertritt, nur bitten, dass man das vielleicht wirklich abklärt, weil man auf einer persönlichen Ebene vielleicht mehr erreichen kann, als wenn wir als Anwälte der Stadt Steyr mit den Kollegen in Wien in Kontakt treten, die als solche zu allem eher nein sagen. Aber das ist jetzt bitte ein Internum, ich kann nur hoffen, dass das zustande kommt. Denn noch einmal, das ist juristisch für uns eine Prämisse. Dass der Betrag mit 6 Mio. Schilling nach oben abgedeckelt wird, das haben sie ja auch drinnen, das ist auch in den Berechnungen für die Erfüllbarkeit des Zwangsausgleiches drinnen. Dass die Raiffeisenlandesbank oder eine Konzerngesellschaft das Baurecht erwirbt, ja das ist ja kein solcher Verlust für die Stadt Steyr, denn bitte, das Baurecht hat ja derzeit jemand anderer, nämlich die im Konkurs befindliche Vorwärts. Wenn die Masse das Baurecht unter Zugrundelegung irgendeines Preises, der jedenfalls durch eine Schätzung gedeckt wird, an den „Pimperhuber“ verkauft, dann werden wir als Stadtgemeinde wohl eingeladen sein, das als Grundeigentümer mitzuzeichnen, werden aber keinen sachlichen Einwand dagegen erheben können. Hier ergibt sich aber noch etwas anderes. Durch diesen geplanten Erwerb des Baurechtes von der Raiffeisengruppe, ich nenne das jetzt im weiteren Sinne einmal so, wäre ja bedingt und erwirkt, dass die Bürgschaftshaftungen der Stadt flach fielen. Das heißt, wenn wir jetzt als Stadt Steyr 6 Mio. Schilling unter den verlangten Voraussetzungen locker machen, dann sind wir jedenfalls die Gefahr einer Haftung von 9 Mio. Schilling plus 3 Mio. Schilling, also maximal 15 Mio. Schilling, schon aus diesem Grunde los. Natürlich müsste eine entsprechende Vereinbarung auch eine Finalisierung des noch in Schwebel befindlichen Prozesses bedingen, das ist auch klar. Das heißt, dass dann nicht noch irgendwer irgendwann daherkommen kann. Die Formulierung, dass die Stadt diese Leistung freiwillig und ohne Präjudiz erbringt, hat natürlich auch ihren Sinn, wenn auch einen kleinen Hacken. Der Sinn ist der, dass im Falle des möglichen Nichtzustandekommen des Zwangsausgleiches, niemand daherkommen und sagen kann, ja ihr habt doch in Gesprächen, z. B. in der Gemeinderatssitzung von diesem 13. April 2000, ohnehin mehr oder weniger anerkannt, diese 6 Mio. Schilling Garantieleistung erbringen zu müssen. Das tun wir nicht, im Gegenteil, wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, dass dieser Garantievertrag unter Voraussetzungen zustande gekommen ist, die einer Irreführung gleichkommen. Der Nachteil ist der, diese Rückgarantie, die man gegenüber dem Baumeister Müllner seinerzeit ausverhandelt hat, kommt nur dann zum Tragen, wenn die Stadtgemeinde aus der Garantieleistung sachfällig wird. Natürlich ist man bemüht, diesen Müllner in die Verhandlungen einzubinden, genauso wie wir uns seinerzeit, der Prozess ist immerhin seit Jänner unterbrochen, im September bemüht haben, durch eine Streitverkündung an Baumeister

Müllner und seine Gesellschaft, denn die beiden haben ja diese Rückhaftungserklärung gefertigt, in den Prozess einzubinden. Wir können sie nicht zwingen, wir können sie nicht, sozusagen, wie einen nassen Fetzen vor das Gericht treiben. Das könnten wir nur dann, wenn wir mit 6 Mio. Schilling sachfällig würden, dann müssten wir 3 Mio. Schilling einklagen. Aber auch diese Spielchen blieben der Stadt Steyr erspart, sollte es zu einer Lösung im Sinne des Vorschlages in diesem Amtsbericht kommen. Die Bedingungen habe ich ihnen erläutert, ich stehe ihnen selbstverständlich gerne, wenn es noch irgendwelche Unklarheiten geben sollte, zur Beantwortung weiterer Fragen zur Verfügung. Ich hoffe nur, dass manche Zitate in der heutigen Tagespresse nicht ganz wörtlich zu nehmen sind, weil man vielleicht manches anders hört, als man es liest. Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich ersuche nun Herrn Dr. Kassmannhuber um die Rechtsmeinung aus seiner Sicht darzulegen.

DR. HEINZ KASSMANNHUBER:

Geschätzte Damen und Herren, meine Funktion im gegenständlichen Verfahren als Masseverwalter beschränkt sich da auf die Zukunft des nunmehrigen Gemeinschuldners, oder auf den Versuch den jetzt im Konkurs befindlichen Verein in irgendeiner Form zu regeln. Es hat sich im gesamten bisherigen Verfahren herausgestellt, dass die einzige realistische Möglichkeit, hier einen Zwangsausgleich und damit auch einen Fortbetrieb des Vereines zu ermöglichen, nur darin bestehen kann, dass die Stadt Steyr sich mit einem Betrag beteiligt. Der Betrag war uns eigentlich lange Zeit der Höhe nach nicht bekannt, aber es hat sich in den letzten Wochen herausgestellt, dass wir mit diesem Betrag, wie man das auch immer bezeichnet, als Sportförderung oder Zahlung aus welchem Titel auch immer, auskommen werden. Ich muss aber hier um Verständnis bitten, es ist ein dermaßen komplexes Konkursverfahren, mit dermaßen vielen Konkursgläubigern, dass hier also keine Zahlen im exakten Ausmaß, weder auf Schilling, schon gar nicht auf Groschen genau, derzeit geliefert werden können, es ändert sich täglich. Da wir also nicht nur andere Verhandlungspartner haben, wie das bereits besprochene Vorstandsmitglied, der also hier mit einer Zession im Raume steht, sondern wir haben hier in etwa 30 bis 40 Gläubigern und deren Vertretern noch in einer Form zu klären, sodass wir also wissen, von welchen genauen Beträgen sprechen wir. Man kann es aber in irgendeiner Form halbwegs realistisch einschätzen, unter der Voraussetzung, dass hier doch noch eine Vereinbarung mit dem Herrn Rappl, also ich glaube man kann den Namen auch nennen, zustande kommt, und das sehe ich als letztes Problem. Es hat sich also mit dem uns vorliegenden Material herausgestellt, dass mit dem auf dem Massekonto befindlichen Guthaben, mit den zu erwartenden Zahlungseingängen, es haben sich also allein in der letzten Woche doch wieder Zahlungseingänge von S 700.000,-- angekündigt, in schriftlicher Form von kreditwürdigen Personen zugesagt, wo also davon auszugehen ist, dass diese in nächster Zeit hier sein werden, dass das mit diesen Beträgen funktionieren wird und dass die Stadt Steyr im günstigsten Fall tatsächlich mit weniger als 6 Mio. Schilling, ich habe es lange nicht geglaubt, aber es ist jetzt vielleicht sogar realistisch, dass die Stadt hier etwas weniger als diese 6 Mio. Schilling bezahlen werden müsste. Ich sehe als letztes Problem, abgesehen von der heutigen Beschlussfassung, die natürlich nicht meinem Einflussbereich unterliegt, aber als wirklich rechtliches Problem sehe ich diese Problematik, pauschalbezeichnet, Rappl. Wenn das gelöst werden kann, sehe ich hier keine anderen Alternativen. Aber bitte, das ist aus meiner Sicht, einfach so, in dieser Form zu beurteilen. Was auch angesprochen wurde, Vorstandshaftungen, Haftungen der Vorstandsmitglieder sind ex lege da, da brauchen wir gar nicht darüber reden, die haften natürlich für irgendwelche Handlungen, die sie in irgendeiner Form vorsätzlich und schuldhaft gemacht haben. Das entzieht sich aber in großen Teilen unserem Einflussbereich und hat vor allen Dingen, aber das ist jetzt meine persönliche Einschätzung und

nicht als Masseverwalter, überhaupt nichts damit zu tun, was mit dem Verein geschehen soll, denn was hier gemacht wurde, und möglicherweise falsch gemacht wurde, ist schon geschehen und kann meines Erachtens nach in keiner Form mehr korrigiert werden. Es geht hier also nur darum, soll es einen solchen Verein in diesem Stadion im Herbst geben? Das ist die Entscheidung, die heute hier als erster Schritt, das muss man natürlich dazusagen, zu treffen ist. Der wichtigste Schritt muss erst folgen, ist aber, um dem gleich vorzugreifen, ohnehin in einer der angeführten Bedingungen enthalten. Keine Forderungen mehr von dritter Seite, das ist diese Forderung Rappl. Für weitere Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. So meine Damen und Herren, jetzt haben wir die Fachexperten gehört, der Antrag steht natürlich jetzt wieder weiterhin zur Diskussion. GR Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Presse, werte Rechtsanwälte, werte Beamtenschaft. Wie ich mir jetzt wieder einmal die Unterlagen aus der Schublade herausgeholt habe, und die sind jetzt in den letzten 6 Jahren doch ziemlich angewachsen, ist in meinem Kopf ein Spinnennetz entstanden, in dem wir uns drinnen befinden. Angefangen hat dieses Spinnennetz 1994 mit dem Baurechtsvertrag. Es hat sich dann 1995 mit dem Bürgschaftsvertrag fortgesetzt und in weiterer Folge mit der Garantieerklärung. In diesem Spinnennetz sind natürlich sehr viele Personen drinnen und ich möchte das deswegen noch einmal ansprechen, weil es hier herinnen 2 Gruppen von Gemeinderäten gibt, wenn ich das so sagen darf. Die, die in der Periode 1991 bis 1997 anwesend waren und die, die ab 1997 anwesend waren, und man spürt als länger dienender Gemeinderat hier herinnen sehr wohl eine Unsicherheit bei den Gemeinderäten, die erst ab 1997 herinnen sitzen. Ich möchte ihnen das Gefühl ein bisschen mitbringen, das wir schon von Anbeginn in dieser Angelegenheit gehabt haben. In diesem Spinnennetz sind Personen wie der Präsident Alois Radlsäck, der zweite Präsident Kommerzialrat Leo Dittrich, ein gewisser Baumeister Herbert Müllner, ein gewisser Herr Rudolf Rappl drinnen. Es sind die Sponsoren, die Spieler, die Fans, die Gläubiger, die Rechtsanwälte drinnen. Es war schon bemerkenswert, wie letzte Woche im Fernsehen zu sehen war, dass bei einer Pressekonferenz schon mehr Rechtsanwälte anwesend sind als Journalisten, man kann sich da auch vielleicht seinen Reim daraus machen. Dieses Spinnennetz ist mittlerweile so groß und versponnen geworden, dass wir uns auch heute sicherlich schwer tun eine richtige Entscheidung zu treffen. Es ist schon kurz angesprochen worden, bei diesem Bürgschaftsvertrag über 9 Mio. Schilling, im Jänner 1995 hat es eine große Diskussion gegeben. Ich habe hier mit dem Rechtsanwalt Dr. Tilman Schwager etwas gemeinsam, weil ich habe damals mit ihm gegen diesen Bürgschaftsvertrag gestimmt. Der Herr Dr. Tilman Schwager hat damals schon gesagt, es wurde kein genaues Sanierungskonzept vorgelegt. Es ist zu befürchten, und da hat er sich ein bisschen geirrt, das wird er mir verzeihen, es ist zu befürchten, dass die Abdeckung in 15 Jahren nicht zu bewerkstelligen ist. Er hat sich hier um 10 Jahre geirrt, es ist praktisch nach 5 Jahren schon so weit gewesen. Die Grüne Alternative Liste hat auch damals dagegen gestimmt und ich zitiere nur einen Satz des GR Kurt Apfelthaler, er hat gemeint „Das Ganze ist ein Totospiel mit Gemeingut“. Ich glaube, das könnte er auch heute wieder unterstreichen und unterschreiben. Die ÖVP, damals unter ihrem Stadtrat Karl Holub, hat gemeint, „Wir alle haben Bauchweh“. Ich glaube heute haben auch schon wieder einige Bauchweh. Aber wer will schuld sein, wenn die Vorwärts untergeht? Das also zu diesem Bürgschaftsvertrag und zu diesem Gefühl, was wir damals gehabt haben. Es hat nicht lange gedauert, nach einem Jahr, im April 1996 hat es einen Schwenk gegeben. Da war ein Schwenk auch in der Stadtregierung spürbar, denn wir haben uns ja damals in diesem Bürgschaftsvertrag einiges ausbedungen, aber das ist nicht eingehalten worden. Wir haben uns die Einsicht in die

Geschäftsgebarung ausbedungen, und heute sitzt er herinnen, der Herr Dr. Gottlieb-Zimmermann. Der war damals zur Kontrolle der Geschäftsgebarung vorgesehen. Im Punkt 5 der Vereinbarung, die an diesem Bürgschaftsvertrag angeschlossen ist, kann man es genau nachlesen. „Halbjährlich zum 15. Jänner, zum 15. Juli ohne gesonderte Aufforderung durch die Stadt, ist dem Magistrat Steyr, Geschäftsbereich II, eine Statusmeldung über die erzielten Einnahmen und die vorhandenen Verbindlichkeiten vorzulegen.“ Als zweiter Punkt „Ein jederzeitiges Einsichtsrecht ohne ausdrückliche Voranmeldung“. Und als dritter Punkt „Die Teilnahme an den Vorstandssitzungen“. Wie wir alle wissen, hat das dazu geführt, dass unser werter Kontrollamtschef dann dazu gekommen ist, auch noch zu klagen. Ich weiß nicht ob er geklagt hat oder nicht, es ist auf jeden Fall in der Zeitung zu lesen, er hat damit gedroht, weil ihm vorgeworfen worden ist, dass er über die finanzielle Situation der Vorwärts Steyr vertrauliche Unterlagen hinausgegeben hat. Das hat ihm der Herr Radlspäck vorgeworfen, mit Rückendeckung von Bürgermeister Leithenmayr, der natürlich voll hinter unserem Kontrollamtschef gestanden ist. Es hat dann auch unser Bürgermeister erklären müssen, dass die Vorwärts in den vergangenen 10 Jahren, einschließlich der Bürgschaft mit 15 Mio. Schilling, wie kein anderer Verein subventioniert worden ist. Wir waren auf einmal in der Defensive. Die Vorwärts Steyr war so frech und unverfroren, uns dann auch noch die Schuld zu geben. Diese Stimmung war damals im Jahre 1996. 1998 dann die Garantieerklärung, und es ist kurz erwähnt worden, nur ein wichtiger Punkt in der Garantieerklärung, weil da sieht man wieder diese 2 Personen. Wir haben es drinnen stehen gehabt, „Gleichzeitig haben die Herren Präsidenten Radlspäck und Kommerzialrat Dittrich ihren Rücktritt erklärt, um auch in Hinkunft ein professionelles Management beim Sportverein installieren zu können.“ Dieses Wort „professionelles Management“ haben sie heute wieder erwähnt, Herr Bürgermeister, das ist im Amtsbericht drinnen gestanden. Meine Damen und Herren, es kommt eine Unglaublichkeit heraus, wenn man es im Amtsbericht liest, und es kommt dann nicht so, wie es kommen sollte. Bei dieser Garantieerklärung ist zu sagen, es ist damals wieder ein Beamter der Stadt, Herr Mag. Lemmerer, zum Handkuss gekommen, mit der Frau Vizebürgermeister Mach. Es war dann so, im November 1998, ein halbes Jahr nach dieser Garantieerklärung, behauptet der Herr Dittrich, „Ich sehe keine dramatische Situation“. Das muss man sich einmal vorstellen. Der Herr Bürgermeister Leithenmayr musste dann erklären, dass es sich hier um eine Haftung handelt, und nicht um eine Bürgschaft. Auch das mussten wir dann dauernd erklären. Es ging dann noch um Sachen wie das „Y“ der Steyrer Panther auf den Leibchen, die wir ihnen zugestanden haben zu tragen, aber doch nie eine finanzielle Zusage gemacht haben. Auch eine Frechheit. Und in dem Zusammenhang fällt mir diese Handy-Antennengeschichte ein. Die ist auch diese Woche wieder aktuell geworden, wie es vielleicht jemand im Fernsehen gesehen hat. Wir sind nicht gefragt worden, es hätte sich sicherlich nur gehört zu fragen, können wir Handymasten montieren? Damals hat es schon auf der Ennsleite die Bürgerbewegung am Jägerberg gegeben, das war damals schon aktuell, und wir sind vom Herrn Radlspäck nicht gefragt worden. In Verbindung mit diesen Handymasten kommt dann die Flutlichtanlage wieder in mein Gedächtnis. Man hat uns damals erklärt, dass sie 7 Mio. Schilling kosten wird. Kurze Zeit später hat man gesagt, nein mit 7 Mio. Schilling kommen wir nicht aus, weil wir brauchen ja stärkeres Licht für die Farbübertragungen im Fernsehen. Als hätten die Herren das damals nicht gewusst. Als Letztes nur, war im letzten Jahr in der Wirtschaftszeitung Trend ein Artikel, immerhin eine renommierte Zeitschrift, wo dann unser Bürgermeister wieder zitiert wird „Wir stehen zu unseren Zusagen, aber erst wenn Vorwärts alle Unterlagen vorgelegt hat, insbesondere was die Kosten für Spielerkäufe betrifft. Wir zahlen doch nicht blind.“ Das ist eigentlich der Grundsatz, den auch meine Vorredner angeschnitten haben, er ist auch von Herrn Dr. Kassmannhuber ein bisschen angeschnitten worden. Es taucht hier dann schon die Frage auf, gibt es noch Leichen im Keller? Es ist, glaube ich, unsere Aufgabe, den Keller abzusuchen, und dazu braucht man eine gewisse Zeit, das sind wir den Steyrer Bürgern, den Steuerzahlern, schuldig und ich erinnere alle an die Angelobung, die sie geleistet haben, das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster hat sich der Kollege Hause zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertige Presse, wertige Gäste. Ich bin noch nicht sehr lange da, weil ich von einer Sitzung in Wien weggefahren bin, um hier doch noch teilnehmen zu können, weil ich mich ja auch ein bisschen intensiver mit diesen Dingen, was Vorwärts, anlangt beschäftigt habe. Nur, ich glaube nicht, dass ich derzeit in der richtigen Sitzung bin, weil für mich geht es doch darum, was werden wir tun und nicht was war. Das was war, das wissen wir. Wir wissen, dass die Vorwärts in Konkurs ist. Wir wissen, dass die Schulden da sind. Wir wissen, dass es Garantieerklärungen der Stadt gibt und wir wissen, dass jetzt eine Lösung gefunden werden muss, und zwar ob es künftig noch eine Vorwärts geben wird oder nicht. Über das entscheiden wir heute. Daher denke ich mir, dass dieses herumlamentieren, verzeihen sie mir diesen Ausdruck, darüber ob früher Fehler von wem auch immer gemacht worden sind, die einen sagen mehr von der Stadt, die anderen sagen Gott sei Dank noch in die Richtung, dass das Präsidium vielleicht auch ein bisschen Schuld hat an diesen Dingen, keinen Sinn hat. Der Herr Dr. Schwager hat etwas sehr Wesentliches gesagt, „Kein Mensch von uns entscheidet darüber, ob jemand in den Konkurs geschickt wird oder nicht, sondern sie sind im Konkurs.“ Und jetzt geht es darum, es zu lösen. Da denke ich mir, da haben wir ja Gott sei Dank schon ein bisschen früher angefangen. Das, was hier passiert, ist ja lediglich etwas, wo wir darum diskutieren, ob wir als Stadt bereit sind, hier eine finanzielle Verpflichtung einzugehen, damit dieser Verein weiter bestehen kann. Aber der Verein wäre ja eh schon viel länger tot, wenn man nicht schon am Anfang des Jahres reagiert hätte, dass die Jugend überhaupt weiterspielen kann. Das hat nämlich keinen interessiert, das ist alles so nebenbei gelaufen, dass die ihren Spielbetrieb weiterführen können. Ich denke mir auch, früher hat es immer wieder solche Rufer in der Wüste gegeben, sage ich jetzt einmal so polemisch dahin, wer aller der Retter der Vorwärts gewesen wäre. Jetzt ist angesagt, diesen Vorwärtsverein weiter bestehen zu lassen, und ich ersuche sie wirklich alle, wenn wir heute hier hören, dass mit diesen 6 Mio. Schilling in diesem Amtsbericht auch Verbindlichkeiten angebracht sind, dass mit diesen 6 Mio. Schilling diese Causa aus der Welt geschafft ist, dass es nachher nämlich nichts mehr gibt, dass wir nicht anfangen müssen, irgendwelche Leichen zu suchen, sondern dass endgültig ein roter, schwarzer, blauer, grüner oder gelber Strich darunter gemacht ist und diese Causa erledigt ist, dann ersuche ich ganz einfach im Sinne der Vorwärts, der immerhin ein 80-jähriger Traditionsverein in Steyr ist, dafür zu stimmen, dass dieser Zwangsausgleich finanziert wird, dass wir dazu unseren Obolus leisten, noch dazu in dem Hinblick, dass es uns sonst vielleicht noch teurer kommt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke dem Kollegen Hauser, wünscht sonst noch jemand das Wort? Bitte Herr Vizebürgermeister Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Ich muss natürlich einige Replik machen. Es steht und fällt mit dem Baurecht, und wenn der Herr StR Bremm eingangs gesagt hat, dass er versteht, dass man aus der heutigen Sachkenntnis heraus eine andere Entscheidung treffen würde, so ähnlich haben sie es formuliert, ja selbstverständlich. Der Herr Dr. Schwager hat es noch viel genauer, treffender formuliert. Der Herr Dr. Schwager hat gesagt, diese Garantieerklärung ist damals unter der

Voraussetzung einer Irreführung zustande gekommen, und das ist der springende Punkt. Wir sind alle keine Juristen und schon gar keine Verwaltungshofjuristen, oder Juristen von obersten Gerichtshöfen. Wenn mir, als einfachem Gemeinderat, mitgeteilt wird, wenn der Baurechtsnehmer in Konkurs ist oder ein Konkursverfahren eröffnet wird, dann fällt das Baurecht zu uns retour, was denke ich mir dann dabei. Wir haben Juristen da, die im vollem Bewusstsein wissen, dass es möglicherweise nur eine Alibibestimmung ist, sagen es uns aber nicht. Was ist das, meine sehr verehrten Damen und Herren? Ich finde schon, dass das schwerwiegende Vorwürfe sind, die ich hier erhebe. Denn dazu gehört natürlich auch, dass man die vollständige Information bekommt. Einen ähnlichen Fall haben wir erst unlängst mit der Christkindlwelt erlebt, wo wir auch eine Kündigungsmöglichkeit eingebaut haben, aber im Fall des Falles haben sie gesagt, nein das geht nicht, weil da stehen andere rechtliche Geschichten im Hintergrund. Ich appelliere schon an alle Beteiligten, allen voran an den Herrn Bürgermeister, dass die Gemeinderäte vollständig über mögliche Konsequenzen informiert werden. Auch damals, 1994 und 1995, ist nicht darüber gesprochen worden, dass Politiker in der ersten Reihe gezittert haben, ob wir diesen Kreditvertrag mit 9 Mio. Schilling besichern. Es ist nicht darüber gesprochen worden, dass am selben Tag diese 3 Mio. Schilling in das Lastenblatt hineingekommen sind. Wenn man sich mit einem Partner an den Tisch setzt, dann verlange ich auch von meinem Partner partnerschaftliches Handeln, und das ist jetzt keine Krämerei in der Vergangenheit, diese Geschichte hat ja direkte Auswirkung auf die Gegenwart, Herr Kollege Hauser. Noch einmal, zwei Hauptproblempunkte sind noch völlig offen, einerseits die Millionen vom Herrn Rappl, die noch völlig in der Schwebe sind, die auch unter Umständen das ganze Konstrukt schmeißen können, und das andere ist der große Verlust für das Baurecht der Stadt Steyr. Vorwärts hat ja schon das Baurecht, aber unter anderen Bedingungen. Wenn ich ihnen hier auch noch ein Zitat eines Amtsberichtes vorlesen darf. „Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die Stadt nicht tatenlos dem Verkauf von praktisch unentgeltlich eingeräumten Rechten zusehen kann. Wenn auch eine Auflösung der Vertragsbestimmung nicht möglich ist, so wäre doch die Vereinbarung, eine angemessene Pönale für den Fall des Verkaufes des Baurechtes, rechtlich möglich. Sollte daher der SK-Vorwärts auf den Verzicht der vorzeitigen Aufkündigung bestehen, so sollten die vertraglichen Verpflichtungen des Vereines durch Vereinbarung einer Pönale weitestgehend sichergestellt werden.“ Amtsbericht vom 19. 10 1994.

Es ist hier vieles offen geblieben. 14 Tage hätten genügt, um nach zu verhandeln, hier klar zu sagen, gibt es eine Bereitschaft das Problem Rappl zu lösen? Gibt es eine Bereitschaft seitens der Raiffeisenbanken hier Nachbesserung zu stellen? Dann hätten wir vielleicht hier eine größere Mehrheit im Gemeinderat zusammen gebracht. Das Verhalten der ÖVP ist ja völlig unverständlich. Herr Mayrhofer, wenn sie sagen, wir treiben Vorwärts in den Konkurs, das ist bitte Polemik pur, wie die Frau Kollegin Frech richtig gesagt hat. Die haben sich selbst in den Konkurs getrieben. Das ist einfach Unkenntnis der Sachlage, anders kann ich das gar nicht beurteilen. Bevor der Bürgermeister im Stadtsenat ausgedet hat, haben die schon Zustimmung signalisiert. Dann bei der einzigen Besprechung kommt ihr Dir. Lengauer und sagt, ich weiß auch nicht, ich bin auch nicht ordentlich informiert, ich bin halt da. Sie haben sich der Sachlage nicht angenommen und dann kommen sie möglicherweise, durch das Treuegelöbnis auch zur Mehrheitsfraktion, zu diesem Entschluss, dem so zuzustimmen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist Polemik. Meine Damen und Herren, wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, das Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Eigentlich ist nichts besonders Neues dazu gekommen. Es ist erläutert worden, und es sind einige Fragen aufgeworfen worden. Auch keine neuen Fragen, sondern Dinge betreffend, die wir im Prinzip kennen. Zeit zu verlieren, heißt natürlich die Dinge zu erschweren. Wenn man will, dass diese Konstruktion zustande kommt, dann hängt vieles davon ab, dass es schnell genug geht. Das wird jedem klar sein. Spieler zu verpflichten, Trainer zu verpflichten, Sponsoren zu gewinnen, Beschlüsse im Fußballverband herbei zu führen usw. Ein ganz neuer Vorstand, eine Gesellschaft zu gründen, Fristen sind hier einzuhalten, man muss sich das einmal vorstellen. Wir können auch schuldig werden, indem wir uns einfach zurück lehnen und sehr lange beraten. Wenn es so komplizierte Fragen gäbe, die uns nicht klar sind, dann wäre ich sogar dafür, das noch länger zu beraten. Aber in Wahrheit genügen ja im Wesentlichen zwei Voraussetzungen. Bei dieser Klarheit der Dinge wie sie am Tisch liegen, ist die eine Voraussetzung, die Beherrschung von Grundrechnungsarten, und die zweite Voraussetzung ist der politische Wille, dass es den Verein wieder gibt. Ich sehe da sonst dazwischen nicht viel. Herr Dr. Pfeil, ich gebe ihnen schon Recht, natürlich kann man sagen, die Raika ...

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Dann brauchen wir aber keine Rechtsanwälte, wenn das so einfach ist!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Warum stellen dann die Mandatare die Frage, was mit den 3 Mio. Schilling Haftung vom Herrn Müllner ist, wenn das so einfach ist? Die wissen das bis heute noch nicht. Also, so einfach ist das wirklich nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also gut, beschäftigen wir uns mit dem Punkt. Sie hätten ja diese Fragen stellen können, zu dem haben wir ja die Experten gebeten, die können das ja rechtlich ausreichend beantworten. Die haben sich mit dieser Materie ja monatelang intensiv, und zwar mit jedem Fall, auseinander gesetzt. Das ist ja nicht so.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn wir uns die Sache mit dem Baurecht ansehen, da überkommt einem die Blässe dabei.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich komme ja eh auf das Baurecht, natürlich, oder die Sache mit dem Herrn Müllner. Wir können

warten, bis wir in der Frage Garantieerklärung zu einem Betrag verurteilt werden, und können die Hälfte von dem Herrn Müllner einklagen. Das können wir tun. Das würde aber auf jeden Fall bedeuten, wenn wir 6 Mio. Schilling zahlen, dann können wir 3 Mio. Schilling einklagen. Vielleicht kriegen wir es auch, wann, weiß ich aber nicht. In der Zwischenzeit ist Vorwärts wirklich in Konkurs, die Geschichte wird abgeschlossen, und die sind in der 2. Klasse. Frage - Baurecht, weil sie auf dem immer so herumreiten. Dieses Baurecht haben wir mit Gemeinderatsbeschluss, mit qualifizierter Mehrheit, für 80 Jahre an die Vorwärts gegeben. Da steht drinnen, wir können es auflösen. Da frage ich sie, was tun sie denn damit, wenn sie es haben?

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja was tun sie denn damit? Die Frage muss ich mir ja stellen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Darf ich das beantworten?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Man kann, und es hat ja vor wenigen Monaten Angebote und Verhandlungen gegeben, dass Vorwärts dieses Baurecht verkauft. Dieses Baurecht ist ja noch auf ca. 75 Jahre ein Wohnbau, dieses Gebiet ist ja dem Wohnbau gewidmet, dort rechnet sich ein Wohnbau, meine sehr verehrten Damen und Herren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Natürlich. Und jetzt, sehr geehrter Herr Dr. Pfeil, wollen wir doch unserer Verantwortung als Mitglieder des Gemeinderates wirklich gerecht werden, und nicht da Ballerl schupfen auf klein, klein. Wir sind ja nicht bei einem „Hüttenspiel“, wir reden von einem richtigen Fußballverein. Ich sage ihnen folgendes. Ich habe die Formulierung in diesem Baurechtsvertrag, den wir der Vorwärts gemacht haben, nur für den Fall gemacht, weil sie geglaubt haben, sie können das belehnen und neues Geld bekommen. Bevor die Vorwärts die Kabinengebäude, bei denen ginge es wahrscheinlich gar nicht, aber jedenfalls den Parkplatz zweckentfremdet hätte, und die Raika im Zuge der Realisierung von wirtschaftlichen Erträgen sagt, wir verkaufen das an eine Wohnbaugesellschaft, oder wir verkaufen das für irgendein Geschäft, das dort errichtet würde, eine wirtschaftliche Verwertung also, bevor das geschehen wäre, hätten wir sowieso „Stopp“ sagen müssen. Das kommt doch nicht in Frage, das ist ja sinn- und perspektivlos, das ist doch das einzige Stadion in einer 40.000 Einwohner Stadt. Ich lasse mir das doch nicht ruinieren, und baue dann wo anders um 150

Mio. Schilling ein neues Stadion hin.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wie wollen sie das verhindern?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ganz leicht. Da habe ich als Stadt sehr viele Möglichkeiten.

1. Der Fußballplatz kann nicht anders verwertet werden, da gibt es ein Sportstättenschutzgesetz.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber alles andere? Wie wollen sie das verhindern?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das kann ich leicht verhindern, weil ich dann mit der Raika, sollten sie so etwas machen, ein Gespräch führen werde.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Mit einem Gespräch werden sie das nicht verhindern!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sicher, möglicherweise müssten wir etwas zahlen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehen sie, das ist der Punkt!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie wollen das zerreden, sie wollen das hinten hinausziehen, sie wollen da keine Entscheidung haben, das ist immer dasselbe. Die Raika hat als Bank einen langen Atem, und die kann sich eine Konstruktion vorstellen, wo sie das an diese neue Gesellschaft, die wieder Spitzenfußball betreibt, über diesen langen Zeitraum vermietet. Und wenn es Hauptsponsoren und Einnahmen gibt, dann ist

das auch eine Konstruktion die anderswo funktioniert. Jedenfalls ist die Raika zu so einem Deal in der Lage. Wenn die Raika diese Phantasie nicht hätte, wäre die Alternative die, dass sie sagen, jetzt zahlen sie uns einmal die 3 Mio. Schilling was die Vorwärts jetzt schon hinten ist, zu dem sind sie nämlich verpflichtet und dann pünktlich alle Jahre wieder 1 Mio. Schilling. So schaut nämlich die Alternative aus. Ich sage ihnen Folgendes, wenn wir das Baurecht haben, wenn wir einen zweitklassigen Fußballverein haben, weil jetzt der Konkurs so beendet wird, wie er angefangen hat, dann ist es aus, fertig, Vorwärts ist aufgelöst, und dann rennen wir im Kreis herum. Dann suchen wir ein paar Funktionäre, die eine Vorwärts-Neu in der zweiten Klasse gründen. Das müssen sie einmal versuchen, da müssen wir denen gleich einmal eine Startsubvention geben, dass die sich dort überhaupt zusammen finden. Dann sage ich ihnen, in der zweiten Klasse können die sich das riesige Stadion nie leisten. Das heißt, wir müssen ewig zahlen, dass das dort überhaupt benutzt wird. Daher ist das so klar, dass dieses Baurecht in unseren Händen, wenn wir es hätten, nur dann was wert wäre, wenn wir dort eine andere Sportstättenverwertung vor hätten. Nachdem wir das nicht haben, tangiert mich das nicht so sehr, wenn das die Raika hat, und das dann der Vorwärts-Neu vermietet. Das ist eben ein Teil dieser Konstruktion. Die muss ich akzeptieren, oder ich akzeptiere sie nicht. Das ist nämlich das Ergebnis der Gespräche, die lange vorbereitet wurden, und wo die sich schon etwas einfallen haben lassen. Es ist ja nicht so, dass sie nichts dazu zahlen. Ich bin nicht der Anwalt der Raika, aber ich wollte die Raika nicht auch noch als Experten dazu einladen, dass die sich da verteidigen. Aber die Raika hat Forderungen von über 14 Mio. Schilling angemeldet, soweit es mir bekannt ist, und sie wollen um 12 Mio. Schilling das Baurecht übernehmen. Sie haben in einem Punkt Recht, denn wir haben über alles informiert, jedenfalls was ich gewusst habe, haben sie auch gewusst. Ich habe nicht gewusst, dass die Vorwärtsvorstände zu den von uns besicherten 9 Mio. Schilling, am selben Tag auch die Besicherung der 3 Mio. Schilling vorgenommen haben, das habe ich erst hier erfahren. Aber das können sie uns nicht vorhalten, das hat damals so stattgefunden, darüber war ich nicht informiert. Wir haben über alles informiert und es können natürlich auch alle Fragen gestellt werden. Aber im Prinzip geht es um zwei wesentliche Punkte. Es geht darum, ob wir wollen, dass die Vorwärts in Steyr weiter Fußball spielt. Die Konstruktion die in Aussicht genommen ist, würde das als möglich und wahrscheinlich erscheinen lassen und ob wir mehr oder weniger zahlen wollen. Das ist der wirtschaftliche Aspekt aus der Sicht der Stadt. In beiden Fällen bin ich felsenfest überzeugt, dass diese Vorgangsweise richtig ist, und dass es dazu in der gegenwärtigen Situation, und nach allem was uns bekannt ist, und uns auch die Experten sagen, keine Alternativen gibt. Vor dem Hintergrund, ohne dass ich das noch endlos abhandeln möchte, möchte ich euch wirklich ersuchen, diesem Antrag zuzustimmen.

VICEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke für das Schlusswort. Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung für diesen Antrag. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 25 (SPÖ, ÖVP, GAL). Wer ist dagegen? 7 (FPÖ, LIF). Wer übt Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist erschöpft, ich bedanke mich für die Anwesenheit, besonders bei den Experten, die unserer Einladung gefolgt sind und uns aufgeklärt haben. Herzlichen Dank, die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 15.15 UHR.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

OAR Anton Obrist eh. StR Roman Eichhübl eh.

Gabriele Obermair eh. GR Günter Fürweger eh.